KOMMUNISTISCHE HOCHSCHULZEITUNG



NR.1 OKT.1972 / HERAUSGEBER MLS-WIEN

Das vietnamesische Volk wird siegen

Mitbestimmung und Arbeiterinteressen

Friedliche Wiedervereinigung Koreas

München und Fürstenfeldbruck

Für das Bündnis von Arbeiterklasse und studentischer Jugend

INHALT:

Seite 2: EDITORIAL

Seite 4: DAS VIETNAMESISCHE VOLK WIRD SIEGEN!

Seite 9: NEUER MITBESTIMMUNGSSCHWINDEL ZUR ABLENKUNG DER ARBEITERKLASSE.

Seite 12: DIE FRIEDLICHE WIEDERVEREINIGUNG KOREAS (Aus Anlaß der Rotkreuzverhandlungen)

Seite 23: MÜNCHEN UND FÜRSTENFELDBRUCK - EIN VORWAND FÜR DIE MACHENSCHAFTEN DER ZIONISTEN UND DER WESTDEUTSCHEN REAKTIONÄRE

Seite 28: FÜR DAS BÜNDNIS VON ARBEITERKLASSE UND STUDIERENDER JUGEND

- -

Eigentümer,Herausgeber,Verleger,Drucker:
Marxisitsch-Leninistische Studentenorganisation
Für den Inhalt verantwortlich: Alfred Reinold
Alle: 1o7o Wien,Westbahnstraße 7/8

EDITORIAL

Die Kommunistische Hochschul-Zeitung wird von der MLS herausgegeben. Die KHZ ist eine politische Zeitung, ein Propagandaorgan, das sich speziell an Studenten wendet. Die Herausgabe der KHZ ist deutlicher Ausdruck der Neubestimmung der Aufgaben kommunistischer Hochschul-Politik im Rahmen der Ausarbeitung einer kommunistischen Massenlinie. Die MLS hat sich aus einer Studentenorganisation zu einer Organisation entwickelt, deren gesamte theoretische und praktische Arbeit bereits Ausdruck der Orientierung auf den Aufbau einer proletarischen Organisation, eines kommunistischen Zirkels ist. W Wenn wir von Orientierung reden, ist also keineswegs etwas in weiter Ferne Liegendes gemeint: Der Schwerpunkt der Politik der MLS ist bereits die Agitation und Propaganda in der Arbeiterklasse, im Bereich der ideologischen Weiterentwicklung soll mit der Ausarbeitung einer Plattform die Einordnung in die internationale kommunistische Bewegung angegangen werden. Der erste Schritt, die Voraussetzung für die Einleitung dieses Prozesses war der vollständige ideologische und organisatorische Bruch mit dem modernen Revisionismus, mit der KPÖ. Der nächste Schritt wird die Teilung der Organisation sein: die Herausbildung eines Kerns, dessen zentrale Aufgabe die Politik in der Arbeiterklasse, die Verankerung in der Arbeiterklasse ist.
Die Abtrennung dieses "Kerns" des kommunistischen Zirkels wird keineswegs zur Vernachlässigung oder gar Aufgabe der Politik an den Hochschulen führen. Im Gegenteil: Sie muß begleitet sein von der Festigung der Studentenorganisation, die auch in nächster Zeit noch sowohl in der theoretischen als auch in der praktischen Arbeit aufs engste mit jenen Genossen verbunden bleibt, deren ausschließlich Aufgabe die politische Arbeit in der Arbeiterklasse ist.
Bisher wurde von der MLS der "Student im Klassenkampf" herausgegeben. Diese Zeitschrift war großteils ein Mittelding zwischen theoretischem Organ und Propagandaorgan im Hochschulbereich, zumindest sind einige Artikel Ausdruck der Verwischung dieser beiden Funktionen. Der "Student im Klassenkampf" wird eingestellt, eine neue Zeitschrift, die nach Konzeption und Inhalt das theoretische Organ eines kommunistischen Zirkels werden kann, wird herausgegeben.
<u>Die kommunistische Propaganda unter der Studentenschaft ist jetzt die Aufgabe der KHZ.</u> Die Herausgabe dieser Zeitung ist bereits Ausdruck der Perspektive der organisatorischen Trennung, ihr fällt eine wichtige Rolle bei der <u>Neuorientierung und Verstärkung unserer politischen Arbeit</u> an der Hochschule zu.
Bereits im letzten Semester hat die MLS an einigen Instituten mit dem Aufbau von Institutsgruppen (IGen) begonnen. Die IGen sollen kommunistische Studenten und die Sympathisanten unter den demokratischen und sozialistischen Studenten organisieren. Den IGen soll es gelingen, in ihrer Agitation und Propaganda vor allem dort anzusetzen, wo die Konflikte für die Mehrzahl der Studenten zunächst aufbrechen: an der Durchsetzung der Hochschul-Reformbestrebungen durch die Instanzen der Hochschul-Bürokratie an den Instituten, an der speziellen bürgerlichen Wissenschaft und Ausbildung und - damit in Zusammenhang - an der Berufsperspektive der Studenten. Wenn wir darangehen wollen, eine kommunistische Massenlinie bei der Politik an der Hochschule

zu entwickeln, müssen wir gerade bei diesen unmittelbaren Problemen der Studenten ansetzen. Obwohl wir durchaus auch bisher einigen Einfluß unter der Studentenschaft gewonnen haben, ist es uns nicht gelungen, uns gerade mit den fortschrittlichen Studenten an den Instituten zu verbinden und sie durch unsere Politik zu gewinnen. Neben der kontinuierlichen Arbeit der IGen kann bei dieser Verankerung der MLS an den Hochschulen auch die KHZ eine gewisse Rolle spielen.
Die KHZ ist jedoch keine Institutszeitung - genausowenig wie die MLS oder in Zukunft die Studentenorganisation ein Verband von IGen ist. Erstens ist es klar, daß man gewissen Maßnahmen des bürgerlichen Staates (wie etwa dem Hochschulorganisationsgesetz oder einer Beschränkung der Möglichkeiten politischer Arbeit) auf der ganzen Hochschule entgegentreten muß, daß die Organisationsformen und der Ansatzpunkt der Agitation und Propaganda sich jeweils nach den Formen der politischen Auseinandersetzung (also jeweils nach den Gremien des bürgerlichen Staates, die seine Politik durchsetzen) richten müssen.
Die wesentliche Funktion eines zentralen Propagandaorgans für die Hochschulen bestimmt sich jedoch daraus, daß es das Ziel unserer Politik ist, einen Teil der Studentenschaft (zunächst unabhängig davon, welchen Beruf sie später ausüben werden, welche Klassenlage sie also einnehmen werden) für das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Das kann in der jetzigen Situation nur heißen: in die Bewegungen an der Hochschule diese Bündnisperspektive hineintragen, durch beständige Aufklärungsarbeit und Untersuchungstätigkeit die Interessen der Studenten in einem Aktionsprogramm aufnehmen und sie auf der Basis dieses Aktionsprogramms für die zentrale Losung der Politik an der Hochschule "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes" zu gewinnen. Diese Losung ist nichts "Berufsspezifisches", sondern beinhaltet die Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und die Unterstützung ihres Kampfs. Genau aus diesem Grund ist auch die KHZ keine berufsständische Zeitung für Studenten, sondern eine politische Zeitung: Sie soll sowohl durch das Aufgreifen von Fragen, die unmittelbar mit der Ausbildung und der Berufsperspektive der Studenten zusammenhängen, als auch durch die Interpretation wichtiger politischer Probleme von einem kommunistischen Standpunkt aus den Studenten die Ziele des Kampfs der Arbeiterklasse und der revolutionären Völker vermitteln und sie dazu bringen, den Kampf um ihre Interessen als Teil des Kampfs gegen Imperialismus und Kapitalismus zu führen, alle ständischen Bestrebungen aufzugeben und sich dadurch der führenden Rolle der Arbeiterklasse in diesem Bündnis unterzuordnen.

Das vietnamesische Volk wird siegen!

Seit Jahren wird der Kampf des vietnamesischen Volkes gegen den US-Imperialismus durch eine Bewegung fortschrittlicher Menschen in den USA undin W-Europa, also in Metropien des Imperialismus, unterstützt. Diese Bewegung nützt unmittelbar dem vietnamesischen Volk bei seinem Kampf. So wurde von vietnamesischer Seite wiederholt darauf hingewiesen, daß beispielsweise Johnson durch den Widerstand im eigenen Lande daran gehindert wurde, mit einem Schlag einen intensiven Bombenkrieg gegen die gesamte DRV zu beginnen. Er sah sich gezwungen, die Bombenangriffe nur schrittweise zu eskalieren, wodurch der Armee und der gesamten Bevölkerung der DRV die Möglichkeit gegeben wurde, sich nach und nach auf die neuen Kriegshandlungen einzustellen. In den Metropolen wurden sich zugleich immer breitere Schichten über die Natur des US-Imperialismus klar und ihr Verständnis über den Charakter des Befreiungskampfes der Völker Indochinas sowie über die welthistorische Bedeutung des Kampfes der unterdrückten Völker der ganzen Welt gegen den Imperialismus wurde vertieft.

Dem wachsenden Widerstand des amerikanischen Volkes mußten jetzt auch die amerikanischen Monopolkapitalistencliquen Rechnung tragen, sodaß einer der Präsidentschaftskandidaten den Abzug der Aggressionstruppen aus Vietnam in sein Wahlprogramm nahm. Solidarisch mit der Bewegung in den USA wird in diesem Herbst auch in den imperialistischen Metropolen Europas eine Kampagne gegen den US-Imperialismus und für den Sieg der indochinesischen Revolution laufen, eine Kampagne, die auf der Aktionseinheit aller antiimperialistischen Organisationen, Gruppen und Menschen basieren sollte.

Um die Positionen der einzelnen Organisationen richtig einschätzen zu können, ist es notwendig, sich die Bedeutung der gegenwärtigen Etappe des indochinesischen Volkskriegs sowie auch die vorherige politische und militärische Entwicklung in Indochina vor Augen zu halten. Seit der Ausrufung der Unabhängigkeit und der Gründung der Demokratischen Republik Vietnam am 2. September 1945 durch Ho Chi Minh ist es das Ziel des vietnamesischen Volkes, in einem unabhängigen souveränen und freien Staat zu leben. Als die französischen Imperialisten den jungen Staat angriffen, führte das vietnamesische Volk 1946 - 1954 einen heroischen antiimperialistischen Kampf und errang 1954 den historischen Sieg bei Dien Bien Phu. Auf der Genfer Indochinakonferenz garantierten daraufhin 1954 16 Teilnehmerstaaten die Unabhängigkeit und Souveränität eines einzigen Vietnam und beschlossen die Durchführung freier und allgemeiner Wahlen für das Jahr 1956, durch die das vietnamesische Volk seine Regierung wählen sollte. An die Stelle des französischen Imperialismus aber trat nach 1954 der US-Imperialismus. Er hintertrieb die Beschlüsse der Genfer Konferenz, setzte das äusserst grausame Diem-Regime in Südvietnam ein und verhinderte die freien Wahlen, die mit dem Sieg Ho Chi Minhs geendet hätten. Das Volk des Südens Vietnams erhob sich gegen die neue koloniale Unterdrückung, die US-Imperialisten versuchten zuerst, mit einem Spezialkrieg der Lage Herr zu werden. Im Spezialkrieg sollten die Sai-

goner Marionettentruppen zusammen mit US-"Beratern" und Flugzeugen, durch Errichtung von Konzentrationslagern ("Strategisch Dörfer"), durch Terrorbombardements usw. den Volksaufstand blutig niederzuschlagen. Da der Spezialkrieg fehlschlug, führten die US-Imperialisten ab 1965 den "begrenzten Krieg", schickten über 500 000 Mann Aggressionstruppen nach Südvietnam, begannen den Zerstörungskrieg aus der Luft gegen Nordvietnam und dehnten den Krieg gegen Laos und Kambodscha aus.

DIE NATIONALE EINHEITSFRONT

Der US-Imperialismus steht im Gegensatz zur gesamten vietnamesischen Nation. Mit dem Imperialismus verbündet sind nur die Feudalen, die ihre Stellung nur mit Hilfe der Imperialisten behaupten können, und die Kompradoren, das ist der Teil der Bourgeoisie, dessen Existenzgrundlage das Geschäftemachen mit den Besatzern ist. Bevor nicht die nationale Unabhängigkeit erreicht und eine revolutionäre Demokratie errichtet ist, kann kein anderer Widerspruch in der vietnamesischen Gesellschaft gelöst werden, auch nicht der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Wenn auch alle Nationalen Klassen und Schichten gegen den US-Imperialismus kämpfen, so nehmen sie im nationalrevolutionären Kampf doch nicht alle die gleiche Stellung ein. Die Hauptmacht stellen die Bauern dar, für die der Kampf für die nationale Unabhängigkeit unmittelbar verbunden ist mit dem Kampf gegen die feudale Ausbeutung. Die Bauern könnten aber, wie die Geschichte unzählige Male bewiesen hat, allein und mit einer bäuerlichen Ideologie im Kampf gegen den Imperialismus nicht erfolgreich sein. (Die Bauernaufstände Ende des 19. Jh. waren zwar lokal erfolgreich, wurden aber mit Hilfe der Kolonialtruppen immer niedergeschlagen.) Die Führung kann daher nur bei einer marxistisch-leninistischen Partei des Proletariats liegen, bei den Kommunisten innerhalb der nationalen Einheitsfront. Die nationale Bourgeoisie gehört auch zur antiimperialistischen Einheitsfront, sie ist jedoch äusserst schwach und zu Kompromissen geneigt. Sie kann daher den Kampf nicht anführen. Das nächste Ziel des Kampfes im Süden Vietnams ist die Errichtung einer revolutionär-demokratischen Ordnung, die sich auf die Volksmassen stützt. Da die Hauptmacht im Kampf für diese Regierung die werktätigen Klassen, nämlich die Arbeiter, die Bauern und das städtische Kleinbürgertum sind, wird auch die revolutionär-demokratische Regierung nicht von der Bourgeoisie dominiert sein, sondern in ihr werden die Werktätigen, allen voran die Arbeiterklasse die Hauptrolle spielen.
Wenn der Charakter der gegenwärtigen Etappe der indochinesischen Revolution auch antiimperialistisch und demokratisch ist, das heisst nicht unmittelbar den Sozialismus, sondern nur die Erlangung der Unabhängigkeit und die Errichtung einer auf die Volksmassen gestützten demokratischen Macht zur unmittelbaren Aufgabe hat, so ist sie doch Teil des weltweiten Kampfes zur völligen Vernichtung des Imperialismus und damit des Kapitalismus, dessen höchste Stufe der Imperialismus ja ist, und somit ist die indochinesische Revolution Teil der sozialistischen Weltrevolution. Ihre Perspektive besteht in einer Zeit, in der es schon mächtige sozialistische Länder gibt und sogar im Norden des eigenen Landes bereits der Sozialismus aufgebaut wird, und angesichts dessen, daß die Revolution in allen ihren Etappen unter der Führung der Arbeiterklasse und der armen Bauernmassen steht, nicht in der ungestörten Entwicklung eines nationalen Kapitalismus, sondern darin, daß

diese Klassen die eroberte Macht zur Vertiefung der Revolution, zum Vorwärtsgehen in Richtung Sozialismus benützen.

DER VOLKSKRIEG

In kolonialen, halbkolonialen, halbfeudalen Ländern ist die Hauptform des Kampfes der bewaffnete Kampf, der Volkskrieg. Der Volkskrieg ist keine militärische Doktrin, Strategie oder Taktik. Er ist der Ausdruck des militärischen und politischen Kampfes in halbfeudalen Ländern mit lokal ungleicher Wirtschaftsentwicklung. Während des Kampfes, in dem die Bauern die Hauptmacht bilden, werden immer grössere Teile der Volksmassen für die Revolution gewonnen, wird schrittweise die imperialistische Verwaltung zerschlagen und demokratische Machtorgane errichtet, bis schließlich eine zentrale revolutionäre Regierung gebildet werden kann, und auch die grossen Städte, die wichtigsten Machtzentren der Imperialisten, befreit werden.
Um das ganze Volk zusammenzuschließen, wurde 1960 die FNL, die politische Organisation der Einheitsfront, gebildet. 1962 wurden aus ehemaligen Partisanenverbänden die ersten Einheiten der Volksbefreiungsarmee zusammengestellt. Die Stärke der revolutionären Streitkräfte stieg ständig an, bis schließlich in der TET-Offensive 1968 dem "begrenzten" Krieg der Imperialisten eine entscheidende Niederlage zugefügt wurde. Durch die TET-Offensive, während der auch große Städte erobert wurden, wurde die Verwaltung der Marionettenregierung im Landesmaßstab völlig zerrüttet, sodaß niemals mehr ein ernstlicher Versuch zur Konsolidierung der Marionettenverwaltung durchgeführt werden konnte. In der Folge der TET-Offensive bildeten sich außerhalb der FNL in den Städten antiimperialistische Organisationen, die mit der FNL zusammenarbeiteten. Die wichtigsten Organisation ist die in Saigon entstandene "Allianz der Nationalen, Demokratischen und Friedenskräfte Vietnams". Im Jahre 1969, als auf regionaler Ebene beinahe überall schon demokratische Machtorgane errichtet worden waren, wurde ein Kongress der Volksvertreter Südvietnams einberufen und eine provisorische Revolutionsregierung geschaffen, in der die FNL und die "Allianz" vertreten sind.
Als der "begrenzte" Krieg der USA gescheitert war, mußten die Imperialisten zur Politik der Vietnamisierung Zuflucht nehmen. Das militärische Grundkonzept der Vietnamisierung ist: Marionetten-Bodentruppen plus US-Feuerkraft. In Zuge der Vietnamisierung wurden von Ende 1971 bis Juli 1972 die Anzahl der B-52 Bomber versechsfacht, die der taktischen Kampfflugzeuge vervierfacht, ebenso die Anzahl der Flugzeugträger vervierfacht und zusätzlich beschießen 60 Zerstörer die Küste. Die Repressionsmaßnahmen in den Städten und den wenigen noch von den Marionetten kontrollierten Gebieten wurden noch verschärft.
Dennoch ist auch die Politik der Vietnamisierung zum Scheitern verurteilt. Die Versuche, US-Truppen durch Marionettentruppen zu ersetzen, haben immer wieder zu schwersten Niederlagen der Marionetten geführt. In den tiefgestaffelten Verteidigungsgürteln, die von dem Imperialisten angelegt worden waren, haben sich die Marionettentruppen als völlig wirkungslos erwiesen, aber auch von US-Truppen gehaltene Stellungen wurden von den Befreiungsstreitkräften wiederholt durchbrochen, da die US-Truppen, wenn die Befreiungstruppen, zum Beispiel durch Infiltration, in ein amerikanisches Lager eingedrungen sind, im Nahkampf unterlegen sind. So wurden auch auf stark befestigte Stützpunkte erfolgreich Angriffe unternommen, sogar mehr-

mals auf einen der bestgeschützten, den großen Luftwaffenstützpunkt Bien Hoa.

DIE FRÜHJAHRS- UND SOMMEROFFENSIVE

Im heurigen Frühjahr schließlich ist die Befreiungsarmee zu einer vernichtenden Offensive übergegangen. Die regulären Verbände der Befreiungsarmee wurden von Artillerie und Panzern, aber auch durch Partisanen und Volksaufstände unterstützt. Bis Mitte Juni wurden heuer 5 von 13 Divisionen von den Hauptkräften der Marionettentruppen vernichtet, 3 andere schwer angeschlagen und den restlichen Verluste zugefügt. Es wurden 100 000 Feinde vernichtet und 10 ooo gefangengenommen. Offiziere und Soldaten ganzer Infanterieregimenter und Bataillonsverbände von Panzerwagen liefen über. Die neuen befreiten Gebiete haben eine Bevölkerung von 2 Millionen und sind miteinander verbunden.
Die Demarkationslinie am 17. Breitegrad ist völlig im Besitz der Befreiungskräfte und damit die direkte Verbindung zwischen Nord- und Südvietnam wiederhergestellt.
Im August begannen die Befreiungskräfte mit der zweiten Phase ihrer Offensive. In dieser zweiten Phase befreiten die Streitkräfte der provisorischen Revolutionsregierung mehrere strategische Schlüsselprovinzen und bedrohen heute unmittelbar die Macht der Marionetten in Saigon. Die Lage in ganz Vietnam ist ausgezeichnet.

Auch in Kambodscha stehen die Befreiungskräfte vor dem Sieg. Die Lon Nol Clique beherrscht nur noch Pnom Penh, das von allen Seiten eingeschlossen ist. Heute gelten mehr denn je die Parolen des Programms der FNL: "Das vietnamesische Volk wird siegen!" "Das Programm der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams wird unbedingt verwirklicht werden." und die Worte aus dem Testament Ho Chi Minhs: "...was immer auch geschehen man - wir müssen mit aller Entschlossenheit den Kampf gegen die US-Aggressoren bis zum endgültigen Sieg fortsetzen."

Die Positionen der Organisationen in der Wiener Indochinakampagne

Aufgrund der gegebenen Einschätzung der gegenwärtigen Etappe der indochinesischen Revolution, die mit der Einschätzung der vietnamesischen Kommunisten übereinstimmt, formuliert die MLS ihre politische Linie und ihre Parolen zur indochinesischen Revolution. Sie steht damit in Gegensatz zur Politik anderer an der Indochinakampagne teilnehmenden Organisationen, die sich in "links"- und rechtsopportunistischen Positionen äußert.
Die "Links"opportunisten (alle trotzkistischen Gruppen) verfälschen den Charakter der gegenwärtigen, revolutionär-demokratischen Etappe der indochinesischen Revolution. Sie propagieren, daßdie nächste Aufgabe in Indochina der unmittelbare Kampf für den Sozialismus sei. Das steht derart offen in Widerspruch zum Programm der FNL wie zum Minimalprogramm der Kommunisten in dieser Organisation und in anderen Einheitsfront-Organisationen, daß sie schließlich dabei landen, entweder die FNL überhaupt als schädliche kleinbürgerliche Organisation zu bezeichnen oder ihr revolutionär-demokratisches Programm als demagogischen Trick auszugeben.
Der Inhalt der Politik, die die KPÖ vertritt, besteht darin, die Interessen der sowjetischen

Außenpolitik zu rechtfertigen, deren Ziel ebenfalls nicht die konsequente Unterstützung der Revolution in Indochina ist, sondern die möglichst schnelle Befriedung dieses "Unruheherdes" unter gleichzeitiger Wahrung ihrer Machtinteressen.
Die SU versucht, dem vietnamesischen Volk einen Kompromiß mit dem US-Imperialismus aufzuzwingen (in Kambodscha, wo die SU noch immer Beziehungen mit dem Lon Nol-Regime und keine Beziehungen mit der Regierung Sihanouk hat und zur Durchsetzung ihrer Machtinteressen auch vor Spaltungsversuchen der nationalen Einheitsfront nicht zurückschreckte, zeigt sich diese Politik viel deutlicher), aber zugleich ihre Machtpositionen gegenüber den USA durch eine begrenzte Unterstützung (Waffenlieferungen) zu stärken.
Um diesen Widerspruch zwischen den Interessen des sowjetischen Sozialimperialismus und den Interessen der indochinesischen Völker zu verschleiern, vertreten die KPÖ-Revisionisten in ihrer Propaganda die Position, daß die Revolution in Vietnam spätestens mit der Erringung der nationalen Unabhängigkeit zu Ende sei. Sie wären sogar jederzeit bereit, einen dem vietnamesischen Volk von der Sowjetunion aufgezwungenen Waffenstillstand, einen Kompromiß mit den imperialistischen und reaktionären Kräften als Ansatz zu einer "friedlichen Lösung" hochzujubeln.
Die Hauptrolle in ihren Parolen spielt der "Friede in Indochina". Daß ein Friede im Interesse des Volkes nur durch den Sieg im Volkskrieg erreicht und durch die Weiterführung der Revolution gesichert werden kann, bestreiten sie. Deshalb treten sie ja auch gegen die Parole "Sieg im Volkskrieg" auf: Verhandlungen sind für sie nicht ein Mittel, um den Sieg im Volkskrieg zu erleichtern, sondern sie sollen ihn ersetzen!

DIE SPALTERISCHE POLITIK DER KPÖ

Aufgrund einer solchen politischen Haltung der KPÖ, deren Grundursache ihr Revisionismus ist, muß sie den Inhalt der Revolution in Indochina opportunistisch entstellen und gegenüber denen, die eine revolutionäre Linie in der Solidaritätskampagne propagieren, spalterisch auftreten.
Um ihre spalterischen Absichten zu verwirklichen, lancierten die KPÖ-Revisionisten bei der ersten Zusammenkunft demokratischer und kommunistischer Gruppen zur Gründung eines Indochinakomitees ein für Kommunisten unannehmbares Konzept von Aktionseinheit. Sie fordern, daß alle Organisationen nur die Losungen verwenden dürften, die gemeinsam beschlossen würden, das heißt, daß nichts anderes als das Minimalprogramm der vietnamesischen Kommunisten, das 7-Punkte-Programm der PRR, die auch bei uns gemeinsame Grundlage der Aktionseinheit sein muß, propagiert werden dürfte.
Was bedeutet das? Es bedeutet, daß die KPÖ die Aktionseinheit benutzen will, um die politische Eigenständigkeit der Beteiligten Organisationen aufzuheben. Dazu aber werden Aktionseinheiten nicht geschlossen. Sie kommen zustande, wenn sich verschiedene Organisationen darauf einigen können, in einem bestimmten Punkt gemeinsam zu handeln und diese ihre Gemeinsamkeit in einer Plattform niederzulegen. Wenn aber in einer Massendemonstration verboten wird, daß die einzelnen Organisationen ihre eigenen Losungen tragen, dann bedeutet das, daß die rückständigste Organisation den politischen Charakter der Demonstration prägt, bedeutet es, daß alle anderen Organisationen sich zu unfreiwilligen Propagandisten einer rückständigen Politik machen müssen, bedeutet das, daß die Massen nicht in die Auseinandersetzung um die rich-

tige Politik hineingezogen werden, sondern unter ihnen "machtvoll" eine rückständige Politik propagiert wird.
Um das zu verhindern, um unserer Solidarität einen revolutionären Charakter zu geben und die Pazifisten und Opportunisten zurückzudrängen sowie um den Massen die Möglichkeit zu geben, sich bewußt für revolutionäre oder pazifistische Parolen zu entscheiden, also sich bewußt politisch an der Kampagne zu beteiligen - lehnen wir die von den Revisionisten vorgeschlagene Form der Aktionseinheit ab und orientieren uns darauf, innerhalb einer möglichst breiten Demonstration als der Block aufzutreten, der die wirklichen Ziele und den wirklichen Inhalt der indochinesischen Revolution propagiert.

Neuer Mitbestimmungsschwindel zur Ablenkung der Arbeiterklasse

Wenn man nur die Schlagzeilen der Zeitungen betrachtet, könnte man meinen, Österreich sei das Land des Friedens und der Eintracht, in dem der Kampf der Klassen der friedlichen Zusammenarbeit längst gewichen ist. In den letzten Tagen häufen sich die Artikel über den Entwurf eines Mitbestimmungsgesetzes, das dieses friedliche Zusammenleben der Klassen juridisch regeln soll.
So friedlich wie die Zeitungsschreiber gern möchten, ist es aber nicht einmal in Österreich. Streiks gibt es, auch wenn sie in den Massenmedien nicht zu finden sind: im letzten halben Jahr zwei Streiks im Böhler-Werk Kapfenberg gegen die Zeitnehmung beim Akkord; Lohnstreik in der Aufzugfabrik Wertheim in Wien; ein langer Streik der oberösterreichischen Brauereiarbeiter und der Wiener Möbelarbeiter für höhere Löhne u.a.
Daß die Politik des ÖGB gegen die Kämpfe der Arbeiter gerichtet ist, zeigt sich darin, daß fast alle Streiks in Österreich ohne Unterstützung der Gewerkschaft bleiben. Streikgelder werden entweder gar nicht ausgezahlt oder der Abbruch der Streiks wird damit erzwungen, daß man dafür verspricht, die Streikgelder doch auszuzahlen (wie in Kapfenberg). Ohne Unterstützung der Gewerkschaft können Streiks aber nicht lange durchgehalten werden, weil die meisten österreichischen Arbeiter keine Ersparnisse haben, sondern hohe Kredite zurückzahlen.
Die oben angeführten Kämpfe, ebenso wie alle anderen, die in den letzten Jahren in Österreich geführt wurden, sind bloß Abwehrkämpfe gegen besondere Verschärfung der Ausbeutung. Die Angriffe gehen meist still und leise von den Kapitalisten aus: Ständige Preissteigerungen, Lohnerhöhungen, die kaum ausreichen, um den Lebensstandard zu erhalten, Rationalisierung, d.h. Arbeits-Intensivierung und Stillegung.
Auf wessen Seite der ÖGB steht, kann man daran erkennen, daß seine Vertreter in der paritätischen Kommission sowohl den

Preiserhöhungen als auch den zu niedrigen Lohnerhöhungen zustimmen. Jeder neue Angriff der Kapitalisten auf die Interessen der Arbeiter geht einher mit einem Redeschwall der Gewerkschaftsbosse. Der Zusammenschluß der verstaatlichten Stahlfabriken, ebenso wie der Anschluß an die EWG brachten meilenlange Erklärungen über die Interessen der gesamten Wirtschaft. Wenn es nicht zu absurd wäre, müßte man dem ÖGB glauben, daß es für die Arbeiter günstiger wäre, entlassen zu werden- wenn z.B. in Donawitz die Produktion eingeschränkt wird, weil der Konzern sonst auf dem europäischen Markt nicht konkurrenzfähig ist - als in einem weniger profitablen Betrieb zu arbeiten.
Bei den vielen schönen Worten über Sozialpartnerschaft, Zusammenarbeit, gleiche Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern (nicht Kapitalisten und Lohnarbeitern), die im ÖGB gesagt und geschrieben werden, kann man leicht übersehen, welche Interessen hinter seiner Politik ebenso wie hinter den vielen Worten stecken. Daß die vom ÖGB so gepriesene Klassenzusammenarbeit immer zugunsten der Kapitalisten ausfällt, sieht man leicht an "Institutionen der Sozialpartnerschaft" wie der paritätischen Kommission. Auch die schönen Worte nützen bloß den Kapitalisten; sie dienen dazu, den Arbeitern die Interessen der Kapitalisten schmackhaft zu machen und sie ihre eigenen proletarischen Interessen vergessen zu lassen.
Daß die Propaganda des ÖGB genau diese Funktion der Irreführung erfüllt, kann man anhand des nun schon mehr als zwanzigjährigem Geredes über Mitbestimmung zeigen!
Schon auf dem 1. Bundeskongress des ÖGB 1948 finden wir in einer Resolution zu diesem Thema: "...freilich darf nicht die Quelle zu allen sozialrechtlichen Errungenschaften übersehen werden, eine leistungsfähige Wirtschaft. In dieser Erkenntnis sind die österreichischen Arbeiter weiter gewillt, mit allen Kräften mitzuhelfen, unsere Wirtschaft leistungsfähig zu gestalten. Sie beanspruchen in dieser Wirtschaft aber durch Ausbau der sozialen Institutionen und durch wirksame Gestaltung der Wirtschaftsdemokratie jene Stellung, die der von der Arbeiterschaft in der modernen Wirtschaft und ihrer in der Vergangenheit geleisteten Wiederaufbauarbeit entspricht..."
"...der ÖGB macht den Anpruch d der Arbeiter geltend, eine Mitbestimmung zu erhalten, die aus Betriebsuntertanen gleichberechtigte Betriebsbürger macht!" Hier ist schon alles enthalten: die Wirtschaft der Kapitalisten wird zu unserer - also auch der der Arbeiter. Die Arbeiter helfen mit, sie zu gestalten - Wer hilft noch dabei? Aus Betriebsuntertanen sollen gleichberechtigte Bürger gemacht werden, als ob es keinen Unterschied machte, daß die einen den Profit schaffen, den die anderen einstecken.
In den nächsten zwanzig Jahren werden dann diese hoffnungsvollen Forderungen nach und nach klargestellt: "Mitbestimmung hat nichts mit Änderung der Eigentumsverhältnisse zu tun, sondern nur mit Kontrolle und Beeinflussung der Verfügungsgewalt. Mitbestimmung heißt natürlich auch nicht, daß jeder Arbeiter über die Betriebsführung entscheiden könnte. Wenn er was zu sagen hat, kann er sich an den Betriebsrat wenden..." Bis zu dem jetzt heiß umstrittenen Entwurf Häusers zu einer Novelle zum Betriebsrätegesetz, der besagt, daß der Aufsichtsrat einer AG aus einem Drittel Betriebsräten zu bestehen hat.
In den Streitigkeiten, die es jetzt zwischen ÖVP und SPÖ gibt, geht es keinesfalls um die Interessen der Arbeiter, daß, wenn die Novelle so beschloßen wird, in den verstaatlichten Betrieben und im ORF die SPÖ die überwiegende Mehrheit bekäme, denn dort sind

alle Betriebsräte SP-ler. Die Aufsichtsräte dort wurden nämlich bisher nach dem Proporzsystem zusammengesetzt und für die restlichen zwei Drittel soll das auch weiter gelten. Deshalb sollen nach Kreiskys Kompromissvorschlag in der Verstaatlichten Industrie die Rechte der Betriebsräte im Aufsichtsrat irgendwie eingeschränkt werden. An sich stört es die Kapitalisten nicht, wenn Betriebsräte in den Aufsichtsräten sitzen (in vielen Betrieben ist das ohnehin der Fall). Die meisten SP-Betriebsräte (und das sind fast alle) arbeiten im besten Einvernehmen mit ihren Firmenleitungen. Zum Beispiel muß der Betriebsrat zustimmen, wenn der Akkord verschärft werden soll, meistens tut er's auch. In den Aufsichtsräten kann natürlich ein Drittel Betriebsräte allein nichts entscheiden; aber auch dort werden die Betriebsräte wohl mit dem meisten einverstanden sein; ökonomische Sachzwänge und gute Bezahlung zusammen sind sicher sehr überzeugend.

Daß die meisten Betriebsräte nicht die Interessen aller Arbeiter vertreten (für einzelne setzen sich sogar die schlechtesten ein), heißt nicht, daß Betriebsräte für die Arbeiter nicht wichtig wären. Vom Gesetz her hat der Betriebsrat einige Möglichkeiten, sich einerseits für die Arbeiter einzusetzen und andererseits sogar Kämpfe zu unterstützen. Er kann Betriebsversammlungen einberufen, zum Streik aufrufen und ist außerdem der ÖGB-Funktionär im Betrieb; das Gesetz schützt ihn vor Kündigung. Gute Betriebsräte, die alle Möglichkeiten, die ihnen das Gesetz bietet, ausnützen, sind also für die Arbeiter wichtig, um sich gegen die Angriffe der Kapitalisten auf ihre Interessen zu wehren.

In den letzten Wochen waren in einigen Betrieben Betriebsratswahlen. Die Arbeiter sind mit den SP-lern unzufrieden; in vielen Betrieben hat die GE Stimmen gewonnen. Das ist verständlich, denn die GE-ler sind eher bereit, Arbeiterinteressen zu vertreten. Andererseits sind sie nicht imstande, konsequent proletarische Politik zu machen; Ununterbrochen sitzen sie reformistischen Illusionen auf; sie wenden sich lieber an Benya oder das Parlament, als die Arbeiter zum Kampf aufzurufen; und in den Betrieben, wo sie die Mehrheit im Betriebsrat haben, sind sie nicht viel besser als die anderen. Da sie mit der KPÖ und nicht mit einer revolutionären Partei zusammenarbeiten, sind sie klarerweise nicht in der Lage, den gewerkschaftlichen Kampf konsequent anzuleiten. So können sie auch das Gerede von der Mitbestimmung nicht entlarven; sie kritisieren immer nur, daß die Vorschläge der SPÖ nicht gut genug sind und sehen nicht, daß, wenn nur von Mitbestimmung überhaupt die Rede ist, das die Kampfkraft der Arbeiterklasse schwächt; das Wort allein zeigt doch schon die Vorstellung, die dahintersteckt: daß es für die Arbeiterklasse möglich wäre, <u>mit</u> den Kapitalisten <u>zu bestimmen</u>, wie die Kapitalistenklasse ihre Wirtschaft und ihren Staat leitet, also auch mit ihnen überhaupt auszukommen.

BROSCHÜRE DER MLS: zur indochinesischen Revolution

erscheint Ende Oktober

Die friedliche Wiedervereinigung Koreas (Aus Anlaß der Rotkreuzverhandlungen)

Die Verhandlungen der Rotkreuzdelegationen Nord-und Südkoreas, ein grosser Erfolg der Politik der "selbständigen, friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes", die von der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (KVDR) seit ihrem Bestehen konsequent betrieben wird, haben die bürgerliche Journalistenmafia und die modernen Revisionisten zum Anlass genommen, um wieder einmal Verwirrung zu stiften. Der Artikel soll klarstellen:

1. Die Verhandlungen zwischen der KVDR und Südkorea sind keineswegs Ausdruck einer Änderung der konsequent revolutionären Politik der Regierung des Nordens. Von einer nun plötzlich " versöhnlerischen" Haltung gegenüber den Erzfeinden des koreanischen Volkes kann gar keine Rede sein. Die Haltung der KVDR in bezug auf die selbständige und friedliche Wiedervereinigung hat sich nicht geändert, sondern muss vielmehr auf Grund der sich für die Imperialisten und einheimischen Reaktionäre in Südkorea ständig verschlechternden Lage von ihnen endlich zur Kenntnis genommen werden.

2. Die Verhandlungen zwischen der KVDR und Südkorea haben nichts mit Packeleien auf dem Rücken der Bevölkerung zu tun. Die friedliche und selbständige Wiedervereinigung der beiden Teile des Landes wird von der Regierung der KVDR und von allen koreanischen Revolutionären im Norden und im Süden so verstanden, wie es Genosse Kim Ir Sen, der Führer des koreanischen Volkes, anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der KVDR am 7. September 1968 ausdrückte: "Unsere Forderung nach friedlicher Vereinigung des Vaterlandes schliesst niemals dem Kampf gegen den USA-imperialismus aus; sie hat nichts gemein mit irgendeinem 'Kompromiss' mit den Feinden der Nation oder mit der 'Theorie', die sich friedlicher Übergang der Gesellschaftsordnung nannt... Die Vereinigung des Vaterlandes, ganz gleich welcher spezifischer Weg dabei beschritten wird, kann nur erreicht werden, nachdem die USA-imperialistischen Aggressoren aus unserem Land vertrieben sind und das südkoreanische Marionettenregime gestürzt ist." (I/113)

I. Die Teilung des Landes und die imperialistische Aggression gegen den Norden

Zwischen 1910 und 1945 war Korea dem japanischen Kaiserreich als Kolonie einverleibt. Die japanischen Imperialisten verwendeten das Land als Brücke für ihre expansionistischen Vorstösse gegen das chinesische Festland und sicherten sich ihre Herrschaft in Korea durch die Zusammenarbeit mit der herrschenden feudalen Clique und den Kompradoren. Der Widerstand der Volksmassen gegen die feudale und imperialistische Unterdrückung verstärkte sich entschieden nach der Bildung der antijapanischen Guerillaarmee Anfang der 30er Jahre, die unter der Führung der koreanischen Kommunisten und in enger Zusammenarbeit mit der chinesischen Roten Armee den bewaffneten antijapanischen Befreiungskampf begann. Die revolutionären antijapanischen Einheiten, die vorerst v.a. im Norden an der chinesischen Grenze den Kampf führten, dehnten ihre Tätigkeit bald über ganz Korea aus, organisierten den Volkskrieg gegen die Okkupanten und bereiteten die Massen für die Übernahme der Macht nach der Vertreibung der Japaner vor.

Unterstützt von der Sowjetarmee befreiten die koreanischen Patrioten ihr Land von den japanischen Impe-

rialisten und gründeten überall Volkskomitees, die den Verwaltungsapparat der Japaner zerschlugen und ihn durch die direkte Herrschaft der Volksmassen ersetzten. Bereits am 6. September 1945 fand ein Kongress dieser Volkskomitees statt, der die Bildung eines demokratischen Staates vorbereiten sollte. Zwei Tage später landeten jedoch amerikanische Truppen im Süden Koreas und nisteten sich als Herrscher des Landes bis zum 38. Breitengrad ein, zu einem Zeitpunkt, wo die Japaner schon längst entmachtet waren. Die USA gaben keinen Schuss zur Befreiung des Landes von den Japanern ab, wohl aber trieben sie im Süden des Landes die Volkskomitees auseinander, stellten sich schützend vor die Grossgrundbesitzer und Fabriksherren und setzten Li Syng Man zur Wahrnehmung ihrer Interessen als Diktator ein.
Ungeachtet der Spaltung des Landes durch die USA-Imperialisten arbeitete das koreanische Volk im Norden erfolgreich am Wiederaufbau des Landes mit der Perspektive eines sozialistischen Koreas. Das frei gewählte Volkskomitee und die Volksversammlung übten hier die gesetzgebende und exekutive Gewalt aus, bis 1948 gesamtkoreanische Machtorgane gebildet wurden. Auf Beschluss einer vereinigten Konferenz der Führer der politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Nord- und Südkoreas wurden am 25. August 1948 Wahlen zur einheitlichen gesetzgebenden Körperschaft des ganzen Landes, der Obersten Volksversammlung, durchgeführt. An den Wahlen nahmen trotz der brutalen Unterdrückung und des Terrors der Militärmachthaber im Süden 77,52 % aller Wahlberechtigten teil. Im Norden beteiligten sich die Volksmassen fast hundertprozentig. Die Oberste Volksversammlung rief die Koreanische Volksdemokratische Republik aus und wählte Kim Ir Sen zum Vorsitzenden des Ministerkabinetts. Die auf der ersten Tagung der Obersten Volksversammlung bestätigte Verfassung stellte die gesetzgeberische Verankerung der historischen Errungenschaften der Volksmassen Nordkoreas dar und eröffnete weite Perspektiven für die Schaffung eines einheitlichen souveränen demokratischen Staates Korea. Die Oberste Volksversammlung wandte sich an die Regierungen der Sowjetunion und der USA mit dem Ersuchen um gleichzeitige Zurücknahme der sowjetischen und amerikanischen Truppen aus Korea. Die USA-Regierung ignorierte dieses Ersuchen. Die sowjetischen Truppen wurden im Dezember 1948 restlos abberufen. Die Bildung der Republik bedeutete den Beginn einer neuen Etappe im Kampf für die Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen Korea.
Der Volksbefreiungskampf im Süden um die Liquidierung des terroristischen Marionettenregimes von Li Syng Man und um die Vertreibung der USA-Imperialisten verschmolz in eins mit dem friedlichen demokratischen Aufbau im Norden, und diese das ganze Volk umfassende demokratische Bewegung war ein schwerer Schlag für die Eroberungspläne der amerikanischen Imperialisten.
Während sich die demokratische Ordnung im Norden festigte, wurde Südkorea zum Zufluchtsort der aus dem Norden vertriebenen Reaktionäre und japanischen Kollaborateure, die gemeinsam mit der südkoreanischen Marionettenregierung des Li Syng Man und den amerikanischen Imperialisten den Krieg gegen den befreiten Norden vorbereiteten.
Bereits im August 1948 gab Li Syng Man (der sich damals in Washington aufhielt) die Parole aus: "Der Marsch nach dem Norden ist die wichtigste Aufgabe!" Die USA-Imperialisten sprachen sich jedoch gegen einen sofortigen Angriff aus, weil die südkoreanische Armee noch zu "unverläßlich" war und sie die Weltöffentlichkeit noch besser "vorbereiten" wollten. Ein erster, im August 1949 durchgeführter Überfall auf den Norden scheiterte kläglich: ein Teil der konterrevolutionären Truppen lief zum Norden über, der Rest wurde zurückgeschlagen und die sich zugleich verstärkende Partisanentätigkeit im Süden brachte die Marionettenregierung in ernste Schwierigkeiten.
Amerikanische Experten arbeiteten nun noch eifriger daran, die süd-

koreanische Armee "verläßlicher" zu machen und Washington bereitete auf diplomatischem Wege die völlige Gleichschaltung der UNO vor. Die USA hatten schon 1947 die Koreafrage auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen gesetzt und das Aushängeschild der UNO für die Einsetzung ihrer separaten Marionettenregierung mißbraucht. Dabei und auch in Hinkunft stützten sie sich vor allem auf die 10 Mitgliedsstaaten der NATO und die 20, damals noch völlig von den USA abhängigen latein amerikanischen Staaten.
Im Juni 1950 war es dann soweit: südkoreanische Truppen überschritten den 38.Breitegrad und überfielen Einheiten der koreanischen Volksarmee. Die Volksmacht im Norden hatte diesen Vorstoß erwartet und antwortete mit einer blitzschnellen Gegenoffensive. Kurz nach der Eröffnung der Kampfhandlungen durch die südkoreanische Armee war diese schon weit zurückgeschlagen und die Hauptstadt Seoul von der koreanischen Volksarmee erobert. Inzwischen wurde der UNO-Sicherheitsrat von den USA einberufen, der in Abwesenheit der SU, eines der 5 ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates (ohne deren einhellige Zustimmung keine Beschlüsse gefaßt werden dürfen), die "kommunistische Aggression" verurteilte. Aufgrund des Fehlens des sowjetischen Delegierten war die Verurteilung auch rein statutarisch ungültig: Was die reaktionäre Staatengruppe jedoch nicht daran hinderte, ein Invasionsheer mit 2000 000 Soldaten aus 16 Ländern zusammenzustellen, das unter der Flagge der UNO die Interessen des Weltimperialismus militärisch gegen die KVDR durchzusetzen versuchte. Drei Jahre führte das koreanische Volk, unterstützt von chinesischen Freiwilligenverbänden, einen bewaffneten Kampf gegen die USA-Aggressoren und zwang sie schließlich am 27.Juli 1953 zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandes. Trotz dieser ersten militärischen Niederlage, die der USA-Imperialismus einstecken musste, konnte er dem koreanischen Volk die Teilung des Landes entlang dem 38. Breitegrad aufzwingen.

II. Der Aufbau des Sozialismus im Norden

Die Folgen des Krieges waren für den Norden und den Süden verheerend. Pjöngjang, die Hauptstadt Nordkoreas, war dem Erdboden gleichgemacht. Zwei Millionen Zivilpersonen waren getötet worden.
"Der Schaden, den der Krieg unserem Land zugefügt hatte, war so schwer, dass er sich gar nicht beschreiben lässt. Die USA-Imperialisten hatten in Nordkorea auf jeden Quadratkilometer im Durchschnitt 18 Bomben geworfen und unsere Städte und Dörfer in Schutt und Asche gelegt. Industrie, Landwirtschaft, Eisenbahnverkehr, ausnahmslos alle Zweige der Volkswirtschaft, Bildungseinrichtungen, Einrichtungen der Kultur und des Gesundheitswesen waren vollkommen zerstört. Das Volk hatte fast kein Dach über dem Kopf und keinen Hausrat, der Mangel an Nahrungsmitteln und Kleidung war empfindlich." (Kim Ir Sen) Das koreanische Volk und seine Partei waren im Norden schon vor dem Krieg daran gegangen, eine neue Gesellschaft unter schwierigen Bedingungen aufzubauen. Die alte Gesellschaft hatte eine rückständige Wirtschaft und eine rückständige Kultur als Erbe hinterlassen, das Land war geteilt und die aggressiven Kräfte des USA-Imperialismus standen ihnen unmittelbar gegenüber. Nach dem Waffenstillstand standen die koreanischen Volksmassen vor einer noch schwierigeren Aufgabe: bei aktiver Vorwärtsentwicklung der sozialistischen Revolution musste die zerstörte Volkswirtschaft wieder aufgebaut und das zerrüttete Leben des Volkes in kürzester Zeit wieder stabilisiert werden. "Das wichtigste dabei war, Richtung und Reihenfolge der Wiederherstellung und des Aufbaus klar zu umreissen, das wichtigste Kettenglied richtig zu erfassen und darauf die Kräfte zu konzentrieren. Unsere Partei sah in der Schwerindustrie das wichtigste Kettenglied für die erfolgreiche Bewältigung aller Fragen des Wiederaufbaus nach dem Kriege und verkündete die Linie des Wachstums der Schwerindustrie bei gleichzeitiger Entwicklung der Leichtindustrie und der Landwirtschaft. Bei der Entwicklung der Industrie, spe-

ziell der Schwerindustrie, setzte sich unsere Partei für den vorrangigen Wiederaufbau jener Zweige ein, die damals für die Volkswirtschaft unseres Landes und das Leben der Bevölkerung dringend notwendig waren und die schnell einen ökonomischen Nutzeffekt bringen konnten. In der Landwirtschaft vollzog sich die sozialistische Vergenossenschaftung der Einzelbauernwirtschaften und wurden die Kräfte auf die Getreideerzeugung konzentriert, damit das Ernährungsproblem, eines der dringendsten Probleme in der Nachkriegsperiode, rasch gelöst werden konnte. In Einklang mit dieser Linie und diesem Kurs wurde der Dreijahrplan für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Volkswirtschaft nach dem Krieg (1954 - 1956) aufgestellt und die gesamte Partei und das gesamte Volk zu seiner Erfüllung aufgeboten." (Kim Ir Sen) Diese Linie, die darauf hinauslief, in möglichst kurzer Zeit eine möglichst breite ökonomische Basis für die unabhängige Entwicklung des Landes zu schaffen, stiess auf den Widerstand der Revisionisten und Dogmatiker, die unter Losungen wie "Maschinen liefern kein Essen" u.ä. die Schaffung einer nationalen Basis für die Industrialisierung zu sabotieren versuchten.

In einem Agrarland wie Korea, in dem die Landbevölkerung die absolute Mehrheit darstellt, ist die Veränderung der sozialökonomischen Verhältnisse auf dem Lande für den Aufbau der neuen Gesellschaft von besonders grosser Bedeutung. Die Bodenreform im Norden begann mit der entschädigungslosen Beschlagnahme des Bodens der Grundherrn und dessen unentgeltlichen Aufteilung unter den Bauern. Diese ersten Massnahmen waren nicht nur für die rasche Entwicklung der Landwirtschaft und die Verbesserung des Lebensstandards der Landbevölkerung von Bedeutung, sondern festigte auch das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, das allein den Fortbestand der Volksmacht garantieren konnte. Um die Entwicklung der Produktivkräfte auf dem Lande jedoch optimal zu fördern, konnte man bei der Phase der Herrschaft der Einzelbauernwirtschaft mit kleiner Warenproduktion nicht stehenbleiben, sondern musste die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse noch einen Schritt weitertreiben. "Angesichts der Tatsache, dass der Krieg die Landwirtschaft stark zerstört hatte und ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften und Zugvieh herrschte, wäre es bei einem Fortbestand der Einzelbauernwirtschaft unmöglich gewesen, das Leben der Bauern zu verbessern und vor allem das Problem der Dorfarmut zu lösen, die im Kriege zahlenmässig zugenommen hatte. Damals befand sich die Mehrzahl der Bauern in einer so schwierigen Lage, dass eine landwirtschaftliche Produktion ohne Zusammenarbeit in irgendeiner Form überhaupt nicht möglich gewesen wäre... Gestützt auf die schnelle Entwicklung der sozialistischen Industrie, bot sich uns besonders die Möglichkeit, der Bewegung der Bauern für die Vergenossenschaftung materielle Hilfe zu leisten... Durch die Überzeugung in der Praxis und unter strengster Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit kam die Vergenossenschaftung in unserem Lande dank der starken Anleitung und der Hilfe von Seiten der Partei und des Staates innerhalb kurzer Frist, innerhalb von vier oder fünf Nachkriegsjahren , zu einem erfolgreichen Abschluss."

Die Praxis der koreanischen Revolution widerlegte die Argumente der Gegener der Vergenossenschaftlichungskampagne, die eine solche, erst auf der technischen Grundlage von modernen landwirtschaftlichen Maschinen für richtig hielten. "Unsere Erfahrungen haben gelehrt: Selbst wenn so gut wie gar keine modernen Landmaschinen vorhanden sind, ist die Vergenossenschaftung der Landwirtschaft durchaus möglich, sofern das Leben die Veränderung der alten Produktionsverhältnisse dringend erfordert und sofern die revolutionären Kräfte bereitstehen, die das bewerkstelligen können. Sie haben weiterhin gelehrt, daß selbst der so organisierte genossenschaftliche Betrieb der Einzelwirtschaft gegenüber entscheidende Vorzüge hat."

Die Nationalisierung der Industrie, die sich unter den Bedingungen der japanischen Okkupa-

tion fast vollständig im Besitz der japanischen Imperialisten befunden hatte, war ein Schritt vorwärts, der von der nordkoreanischen Bevölkerung gleich nach der Befreiung getan wurde. Als Folge der Nationalisierung bezog der sozialistische staatliche Sektor in der Volkswirtschaft die führende Position, während der ohnehin schwach entwickelte Handel und die privatkapitalistische Industrie noch stärker zu einer zweitrangigen Rolle verurteilt wurden. Nach der Zerstörung der gesamten Wirtschaft durch den Krieg 1950-53 gelang es den nationalen Kapitalisten noch viel weniger, sich aus eigenen Kräften zu erholen. Die Partei der Arbeit Koreas nahm in dieser Situation Kurs darauf, über verschiedene Formen der genossenschaftlichen Wirtschaft die Betriebe der kapitalistischen Geschäftsleute und Industriellen zusammen mit denen der Handwerker und der kleinen Geschäftsleute dem sozialistischen Sektor anzugliedern. Das entsprach nicht nur den Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus, sondern in ihrer prekären Situation auch den Interessen derUnternehmer und Geschäftsleute selbst. Die sozialistische Umgestaltung des privaten Handels und der privaten Industrie verlief friedlich und wurde nach dem Kriege innerhalb kurzer Frist vollendet.

Der Fünfjahrplan von 1957 hatte die Vollendung des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus zum Ziel. Die Lage zu dieser Zeit war äußerst schwierig. Es war "eine Periode, in der in der kommunistischen Weltbewegung der moderne Revisionismus sein Haupt erhob" (Kim Ir Sen). In der Sowjetunion hatte die konterrevolutionäre Clique der Chrustchow-Revisionisten die Macht ursupiert und betrieb beschleunigt die kapitalistische Restauration. In der koreanischen Partei der Arbeit bildeten sich durch diese Erfolge der modernen Revisionisten inspirierte Fraktionen, die, gestützt auf die ausländischen Revisionisten und Großmachtchauvinisten, die Führung der Partei der Arbeit zu stürzen versuchten. Die internationale Reaktion und die südkoreanischen Marionetten entfachten gleichzeitig eine groß angelegte antikommunistische Kampagne gegen den Norden. Zudem traten beim Aufbau der Wirtschaft in Nordkorea viele Schwierigkeiten auf. In konsequenter Anwendung der Lehren des Marxismus-Leninismus auf die spezifischen Besonderheiten Nordkoreas, entfaltete die Partei eine breite Massenbewegung zur Mobilisierung aller Kräfte gegen die auftretenden Schwierigkeiten. Die Kader der Partei gingen in die Stätten der industriellen Produktion und in die Dörfer, diskutierten mit den Werktätigen die auftretenden Probleme und arbeiteten gemeinsam mit ihnen an ihrer Lösung. Diese, nach einer Fabelgestalt "Tschollima" benannte Massenbewegung griff rasch um sich und revolutionierte die nordkoreanische Gesellschaft. "Die Mitglieder unserer Partei und alle übrigen Werktätigen stellten sich entschlossen hinter das Zentralkomitee der Partei und nahmen auf seinen Aufruf hin einen energischen Kampf auf. Damit führten sie an allen Fronten des sozialistischen Aufbaus große Veränderungen herbei. Überall spürten sie gewaltige Reserven und Möglichkeiten auf, vollbrachten wahre Wunder und leisteten in der Arbeit so große Taten, wie sie in der Vergangenheit undenkbar gewesen wären. Die Industrieproduktion nahm jährlich um 40 bis 50 Prozent zu, die Landwirtschaft brachte Jahr für Jahr reiche Ernten ein. Unsere Städte und Dörfer wandelten ihr Gesicht von Tag zu Tag, das Leben des Volkes verbesserte sich rasch"(Kim Ir Sen).

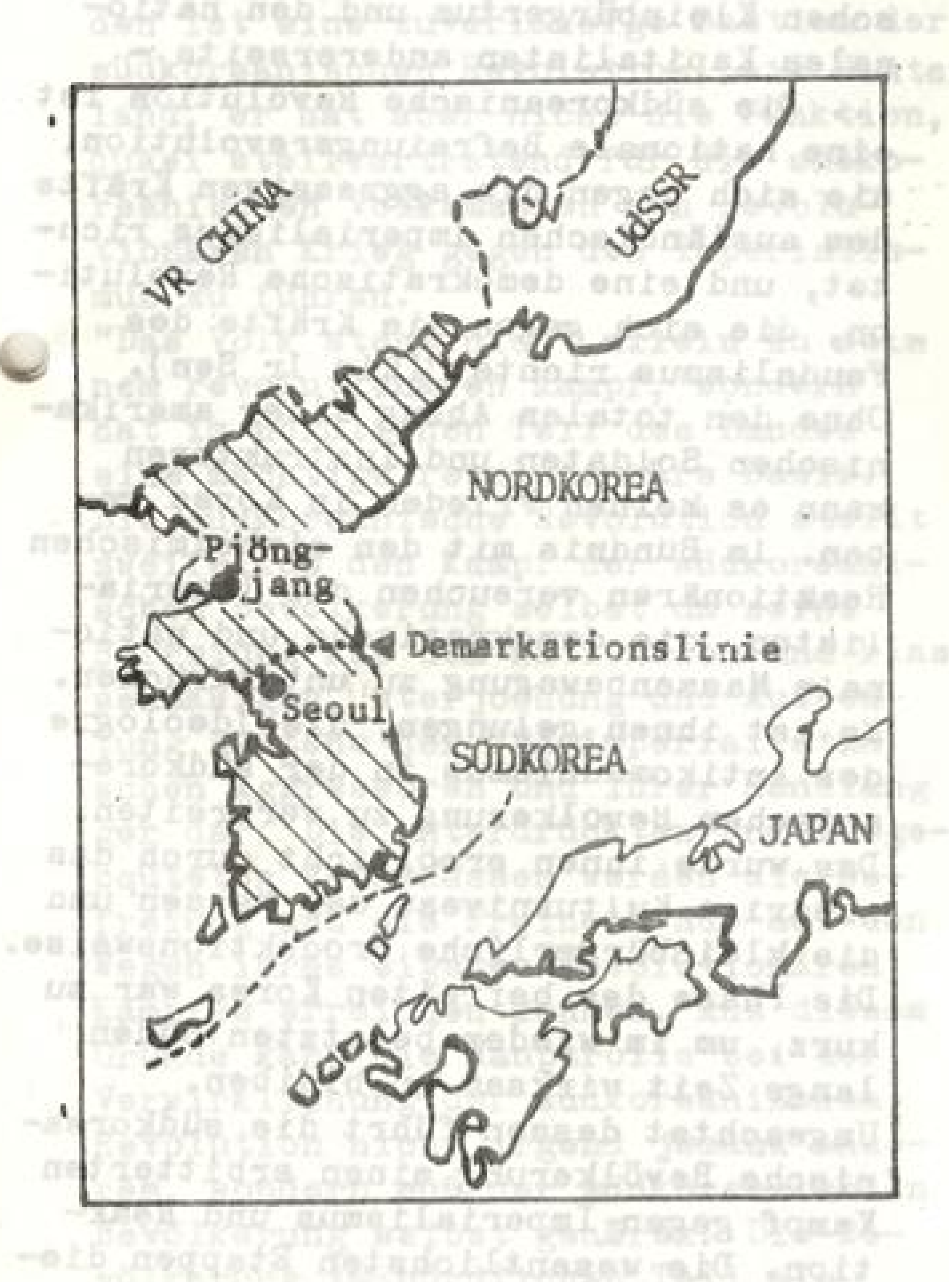
Die Aufgaben des Fünfjahrplanes konnten aufgrund der umfassenden Mobilisierung der Kräfte der Volksmassen schon 1961, also lange vor der festgesetzten Frist erfüllt werden. Aufbauend auf den Errungenschaften der Massen und sich auf ihre Schöpferkraft stützend, konnte die Partei derArbeit während des Siebenjahrplanes von 1961 (der um 3 Jahre verlängert wurde) die Umwandlung Nordkoreas in einen sozialistischen Industriestaat erfolgreich anleiten. Die werktätigen Massen

haben in den kollektiven Leitungsorganen, durch die verschiedenen Parteikomitees, selbst den sozialistischen Aufbau in die Hände genommen. Diese Prinzip des "Dschutsche" (d.h. "Sich-auf-die-eigenen-Kräfte-stützen"), das die koreanischen revolutionären Volksmassen konsequent während des Krieges und im Aufbau des Sozialismus verfolgt haben und verfolgen, ist der einzige Garant des Erfolges der koreanischen Revolution.
In Anwendung des Dschutsche haben di die koreanischen Volksmassen im Norden die Reisproduktion verglichen mit dem Vorkriegsstand verdreifacht. Das Land ist in der Lage, sich selbständig mit Lebensmitteln, Industriegütern aller Art und insbesondere maschinellen Einrichtungen zu versorgen. Nordkorea ist seit einigen Jahren völlig unabhängig von der Wirtschaftshilfe durch befreundete Staaten. Der Aufbau des Sozialismus im Norden ist somit zu einer festen Basis der gesamtkoreanischen Revolution und der friedlichen und unabhängigen Wiedervereinigung geworden. Die Partei der Arbeit Koreas stützt sich in ihrer Arbeit unbeirrbar auf "Dschutsche in der Ideologie, Unabhängigkeit in der Politik, Selbständigkeit in der Wirt Wirtschaft, Selbstverteidigung des Landes"(Kim Ir Sen).
Die nordkoreanischen Kommunisten bekämpfen entschieden alle Tendenzen, die zu einer Loslösung der Partei von den Massen und im Ergebnis zum Überhandnehmen restaurativer Ent Entwicklungen führen könnten. "Die Methode, sich auf die Massen zu stützen und die breiten Massen in Bewegung zu setzen, ist eine revolutionäre und aktive Methode, mit der alle potentiellen Möglichkeiten für die Revolution und den Aufbau maximal mobilisiert werden können. Vor der Machtübernahme ebenso wie danach, während des revolutionären Kampfes wie beim Aufbau muß die marxistisch-leninistische Partei ständig die Massenlinie durchsetzen. Nachdem jedoch die Partei die Macht übernommen hat, besteht die Gefahr, daß sie gegen die Massenlinie verstößt. Unsere Partei hat von ihrer Gründung an nach der Befreiung über die Macht verfügt, und viele unserer Funktionäre hatten in der Vergangenheit fast gar keine Erfahrungen im revolutionären Kampf sammeln können. Für die Verwirklichung der Massenlinie war es deshalb für uns ein besonders wichtiges Problem, Arbeitsmethoden undAArbeitsstil der Funktionäre zu verbessern ... Grundlage der (neu entwickelten) Methode von Tschongsan-Ri ist es, daß die übergeordneten Organe den unterstellten, die übergeordneten Persone nen den untergeordneten Mitarbeitern helfen, daß die politische Arbeit im Vordergrund steht und damit durch Mobilisierung der Massen die revolutionären Aufgaben gelöst werden ... Es ist von Grund auf falsch, die politische Arbeit zu mißachten, sich nur an die fachliche, ökonomische und technische Seite der Arbeit zu klammern, das ideologisch-politische Bewußtsein der Werktätigen nicht zu heben und allein das materielle Interesse wirken zu lassen. Unsere Par Partie hat sich unbeirrt an das Prinzip gehalten, bei allen Arbeiten die politische Arbeit in den Vordergrund zu stellen"(Kim Ir Sen).

III. Die Lage in Südkorea und die Entwicklung der Volkskämpfe.

Während die Übernahme der Macht durch die revolutionären Volksmassen in Nordkorea eine demokratische und unabhängige politische und wirtschaftliche Entwicklung einleitete, war die Zerschlagung der Organe der Revolution durch die USA-Imperialisten im Süden der Beginn einer erneuten, bis heute andauernden Unterjochung der Bevölkerung durch Feudalismus und Imperialismus. Die Amerikaner setzten den alten, japanischen Unterdrückungsapparat wieder ein und die Li Syng Man-Clique versuchte, der demokratischen Volksbewegung mit brutalster, militärfaschistischer Gewalt Herr zu werden. Südkorea ist heute wie zur Zeit des Koreakrieges nichts anderes als eine Kolonie und ein Militärstützpunkt des USA-Imperialismus.
Trotz der beständigen Truppenabzugsversprechen der USA befinden sich derzeit noch ca. 60 000 Mann amerikanische Truppen in Korea. Diese Truppen sollen bis 1976 abgezogen werden. Bis dahin wollen die USA noch 5 Milliarden Dollar in ihre südkoreanischenMarionet-

tenarmee investieren. "Die militärische 'Hilfe'" der USA-Imperialisten deckt einen Teil der Militärausgaben für den Unterhalt der südkoreanischen Marionettenarmee, die mehr als 600 000 Mann stark ist. Die südkoreanische Armee ist ein Söldnerheer, das ausschließlich der Aggressionspolitik des USA-Imperialismus dient. Der Unterhalt einer Division der südkoreanischen Marionettenarmee kostet die USA-Imperialisten nur ein Fünfundzwanzigstel dessen, was sie für den Unterhalt einer eigenen Division aufzubringen haben. Deshalb 'sparen' die USA-imperialisten erheblich an Militärausgaben, wenn sie südkoreanische Jugendliche und Männer im mittleren Jahren gewaltsam einziehen und für ihre aggressiven Ziele mißbrauchen. Zugleich verlagern sie die drückende Last der Militärausgaben auf die südkoreanische Bevölkerung. Sie engagieren anstatt der eigenen eine riesige Marionettenarmee und stellen die Sache so hin, als diene die südkoreanische Armee irgendwelchen nationalen Interessen, sie selbst aber seien die 'Helfenden'" (Kim Ir Sen).



Auch wirtschaftlich haben die Amerikaner in Südkorea fast alles in ihrer Hand. So gehören 80% der Energiewirtschaft, 100% der Ölindustrie und 65% der Bauwirtschaft Südkoreas den USA-Monpolen.
Ihr "Hilfsfonds", der in das Haushaltssystem der Marionettenregierung eingebaut ist, ermöglicht es ihnen, unter dem Vorwand, aus ihm Kredite zu geben, die Finanzorgane und Betriebe Südkoreas zu kontrollieren. Auf diese Weise verfügen sie über 45 bis 50 Prozent des Finanzhaushaltes, sowie über 30 Prozent der Kredit- und Finanzmittel Südkoreas haben das Monopol über 7o bis 80 Prozent der Versorgung mit Rohstoffen und Materialien und über 80% des Imports. "Die südkoreanische Wirtschaft ist heute voll und ganz an die USA gefesselt, die südkoreanischen Finanz- und Wirtschafts organe sowie die Betriebe sind in einer derartigen Lage, daß sie sofort arbeitsunfähig werden, sobald die 'Hilfe' der USA-Imperialisten eingestellt wird. All das läßt deutlich erkennen: Der faktische Herrscher Südkoreas ist der USA-Imperialismus" (Kim Ir Sen).
Um die ökonomische Bindung der südkoreanischen Gesellschaft an das USA-Kapital noch mehr zu festigen, züchten die Amerikaner ein südkoreanisches Kompradorenkapital heran, indem sie das Vermögen der japanischen Imperialisten bestimmten proamerikanischen Spekulanten und Privatkapitalisten übereigneten oder ihnen das alleinige Recht des Handels mit den USA zusicherten. Als Ergebnis besitzen heute rund 500 Kompradorenbourgeois etwa 40% der verarbeitenden Industrie, an die 80% der extraktiven Industrie und mehr als 50% des Außenhandels Südkoreas, während das südkoreanische Kompradorenkapital zur Zeit der Herrschaft der japanischen Imperialisten nur zu sechs Prozent an der Struktur der wichtigsten südkoreanischen Industriezweige beteiligt war.
An der Ausbeutung der südkoreanischen Arbeiter und dem Raub an den Rohstoffen beteiligen sich zunehmend seit 1966 der westdeutsche und vor allem der japanische Imperialismus. Das japanische Kapital findet besonders günstige Investitionsbedingungen vor. Das Arbeitskräftepoten-

tial ist reichhaltig und die Arbeits kraft billig. Das durchschnittliche Einkommen eines südkoreanischen Arbeiters beträgt zwischen 280 und 320 Schilling im Monat (3000 bis 4000 Won). Allein für Reis, das Grundnahrungsmittel, gibt eine kleine Arbeiterfamilie schon 2000 Won monatlich aus. Wird ein Arbeiter krank, so muß er für seinen Krankenhausaufenthalt täglich 4500 Won zahlen. Eine Krankenversicherung gibt es nicht. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 13 bis 15 Stunden täglich. Elende Wohnbedingungen und Analphabetismus lasten zusätzlich auf den Schultern der Werktätigen.

Die ökonomische Lage Südkoreas ist schlechthin katastrophal. Die nationale Wirtschaft ist völlig bankrott. Die Industrieproduktion liegt bei nur 85% des Standes, den sie im Augenblick der Befreiung von den Japanern hatte. Das Volumen der landwirtschaftlichen Produktion ist im selben Zeitraum auf zwei Drittel zurückgegangen. Der Süden, einst die Kornkammer Koreas, ist heute ein Gebiet der chronischen Hungersnot und muß jährlich 800 000 bis eine Mill. Tonnen Getreide einführen. Die Reisproduktion beträgt knappe 2 Millionen Tonnen, das ist etwas mehr als ein Viertel der Reisproduktion des Nordens (über 7 Mill. Tonnen).

"Das System der feudalistischen Ausbeutung im südkoreanischen Dorf, das für die Kolonialherrschaft und für den Raub günstig ist, haben die USA-Imperialisten in der alten Form beibehalten. Sie erprobten in Südkorea die sogenannte 'Agrarreform', aber das war nur ein Trick zur Beschwichtigung der südkoreanischen Bauern, die, von der Bodenreform in Nordkorea ermutigt, Land forderten. Auch nach der 'Agrarreform' herrscht im südkoreanischen Dorf nach wie vor die kapitalistische Ausbeutung, die Bauernwirtschaften sind ärmer als zuvor.

Heute besitzen in Südkorea rund 100 000 Gutsbesitzer 40% der landwirtschaftlichen Anbaufläche und beuten 1,4 Millionen Bauernhöfe aus. Die südkoreanischen Bauern müssen 50 bis 60 Prozent der Ernte als Pachtzins abgeben, und die meisten von ihnen unterliegen dem Wucher von Gutsbesitzern und reichen Bauern.

So haben die USA-Imperialisten mit der Besetzung Südkoreas ein System der Kolonialherrschaft errichtet und betreiben auf dieser Basis eine beispiellose Politik der Militärdiktatur gegenüber der südkoreanischen Bevölkerung. In Südkorea gibt es mehr als 115 000 Polizisten und Beamte. Gegenwärtig wüten 370 000 Agenten gegen die südkoreanische Bevölkerung. ... Die Bevölkerung ist politisch völlig rechtlos und muß Terror und Gewalt erdulden. Dieser wirtschaftliche Zusammenbruch Südkoreas und die tragische soziale Lage beschwören akute Klassenwidersprüche und nationale Gegensätze herauf"(Kim Ir Sen).

Die Partei der Arbeit Koreas bestimmt auf Grund einer genauen Analyse der südkoreanischen Gesellschaft den Charakter der südkoreanischen Revolution folgendermaßen: "Der Grundwiderspruch der südkoreanischen Gesellschaft ist in der augenblicklichen Etappe der Widerspruch zwischen den USA-Imperialisten und den mit ihnen verbundenen Gutsbesitzern, Kompradorenbourgeois und reaktionären Beamten einerseits, den Arbeitern, den Bauern, dem städtischen Kleinbürgertum und den nationalen Kapitalisten andererseits - ... Die südkoreanische Revolution ist eine nationale Befreiungsrevolution, die sich gegen die aggressiven Kräfte des ausländischen Imperialismus richtet, und eine demokratische Revolution, die sich gegen die Kräfte des Feudalismus richtet"(Kim Ir Sen).

Ohne den totalen Abzug aller amerikanischen Soldaten und Instruktoren kann es keinen Frieden in Korea geben. Im Bündnis mit den einheimischen Reaktionären versuchen die Imperialisten, die demokratische und nationale Massenbewegung zu unterdrücken. Es ist ihnen gelungen, die Ideologie des Antikommunismus in der südkoreanischen Bevölkerung zu verbreiten. Das wurde ihnen ermöglicht durch das niedrige Kulturniveau der Massen und die kleinbürgerliche Produktionsweise. Die Phase des befreiten Korea war zu kurz, um im wieder besetzten Süden lange Zeit wirksam zu bleiben. Ungeachtet dessen führt die südkoreanische Bevölkerung einen erbitterten Kampf gegen Imperialismus und Reaktion. Die wesentlichsten Etappen dieses Kampfes waren bisher:

die faschistische Herrschaft gerichtet ist, die verfaulte kolonial-halbfeudale Gesellschaftsordnung zu stürzen, auf ihrem Grabe die volksdemokratische Ordnung zu schaffen und weiterhin dann die große Sache der Vereinigung des Vaterlandes zu vollenden, die die Hoffnung und der Wille der Nation ist"(Kim Ir Sen).

IV. Die selbständige und friedliche Wiedervereinigung und der Stellenwert der Rotkreuzverhandlungen.

Die aufgezwungene getrennte politische und ökonomische Entwicklung im Norden und im Süden schafft große Probleme für den Fortgang der koreanischen Revolution. Die Wiedervereinigung des Landes ist die nationale Hauptaufgabe in der gegenwärtigen Etappe. Im Gegensatz zu Vietnam, wo aufgrund spezifischer nationaler und inernationaler Bedingungen der Volkskrieg im Süden fortgesetzt werden konnte, ist es den Imperialisten in Südkorea gelungen, für eine relativ lange Zeit Herr der Lage zu bleiben. Der nationale und demokratische Kampf der Südkoreaner muß sich also zuerst in Südkorea selbst entfalten. Der Norden ist eine zuverlässige Bastion der südkoreanischen Revolution, ein Hinterland, er hat aber nicht die Funktion, quasi stellvertretend für die südkoreanischen Volksmassen den revolutionären Krieg gegen den Imperialismus zu führen.
"Das Volk steht nicht allein in seinem revolutionären Kampf, sondern hat im nördlichen Teil des Landes eine mächtige revolutionäre Basis. Die südkoreanische Revolution stellt zweifellos den Kampf der südkoreanischen Bevölkerung selbst um seine Befreiung aus dem nationalen und klassenmäßigen Unterjochung und Ausbeutung seitens der USA-imperialistischen Aggressoren und ihrer Handlanger dar. Die unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen werden die Befreiung und die Freiheit nur auf den Wegen ihres eigenen revolutionären Kampfes erreichen können. Aus diesem Grunde kann die Hauptrolle bei der Verwirklichung der südkoreanischen Revolution nicht irgend jemand anderem, sondern muß der südkoreanischen Bevölkerung selbst gehören. Die Bevölkerung im nördlichen Teil als

Der Generalstreik vom September 1946, der sich an der ökonomischen Lage der Arbeiter entzündete und in einen das ganze Volk umfassenden antiamerikanischen Widerstand mündete.
Der Kampf für die Rettung des Vaterlandes 1948, der gegen die Einschleusung der Koreakommission der UNO und die verräterischen Separatwahlen im Mai 1948 gerichtet war.
Der Armeeaufstand von Rjösu vom Oktober 48, während dessen eine Zeitlang die ganze Stadt von den revolutionären Volksmassen regiert wurde.
Infolge der Faschisierungspolitik der Li Syng Man-Clique trat jedoch der Kampf in eine Periode des zeitweiligen Rückgangs. Erst in der Nachkriegszeit beflügelte die Kunde vom erfolgreichen Aufbau des Sozialismus im Norden den revolutionären Willen der Volksmassen.
Als Folge des großen Volksaufstandes im April 1960, in dessen Mittelpunkt der Kampf der Studenten und Jugendlichen stand, wurde Li Syng Man gestürzt. Dieser große Erfolg der Volksmassen veränderte die Lage rasch zugunsten der Revolution. Immer mehr entfaltete sich der Kampf unter der Losung "Nur die Vereinigung ist der Weg zum Leben". Die "Einsetzung" des Militärdiktators Pak Dschong Hi verschärfte nur die Krise des Systems d des Kolonialregimes der USA-Imperialisten. Eine weitere große antiimperialistische Volksbewegung versetzte der Militärdiktatur im Jahre 1964 einen weiteren schweren Schlag. Der Kampf des südkoreanischen Volkes gegen Imperialismus und Feudalismus wird geführt von der Revolutionspartei der Vereinigung, einer marxistisch-leninistischen Partei, die in den letzten Jahren als Nachfolgerin der von der Reaktion zerschlagenen Partei der Arbeit Südkoreas aufgebaut wurde.
"Im Manifest und im Programm der Revolutionspartei der Vereinigung wird hervorgehoben, daß die Leitgedanken der Partei die marxistisch-leninistischen Dschutsche-Ideen sind, wird dargelegt, daß das höchste Ziel der Partei im Aufbau der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft besteht und daß es ihr nächstes Ziel ist, in Südkorea die volksdemokratische Revolution zu verwirklichen, die gegen den USA-Imperialismus und

dieselbe Nation muß jedoch der südkoreanischen Bevölkerung in ihrem revolutionären Kampf aktive Unterstützung leisten und ist dazu verpflichtet" (Kim Ir Sen).
Die Bedeutung des sozialistischen, industrialisierten Nordens schon allein als Vorbild für ganz Korea darf nicht unterschätzt werden. Die Losung "Nur die Vereinigung ist der Weg zum Leben", unter der die südkoreanischen Volksmassen ihren Kampf gegen das Regime und seine in- und ausländischen Gönner führen, widerspiegelt den starken Eindruck, den der befreite Norden und seine Erfolge
auf die unterdrückten Klassen im Süden macht. Die neuesten diplomatischen Schritte zur Vereinigung Koreas verweisen auf die Stärke und Überlegenheit Nordkoreas, die die südkoreanische Reaktion zu Konzessionen an die Volksmassen und konkreten Schritten zwingt. Seit 1950 hat die KVDR immer wieder Vorschläge zur Bildung eines gemeinsamen Parlaments, einer Konföderation von Nord- und Südkorea und schließlich zur Wiederherstellung der Handels- und Postverbindungen vorgelegt. Die Regierung der KVDR bot 1959, als Südkorea von einer grausamen Strumflut verwüstet wurde, jede denkbare Hilfe an. Die 800 000 Obdachlosen sollten Traktoren, LkWs, Pflüge, Fischerboote etc. erhalten. Zum Aufbau der Industrie bot sie an, Maschinenfabriken, Wasserkraftwerke, Zementfabriken usw. zu errichten. 100 000 Häuser wollte sie bauen, 5 000 000 t Kohle, 400 000 kw Strom, 1 200 000 t Zement etc. schicken. Aber die USA-Imperialisten lehnten diesen Vorschlag ab und die Marionettenregierung verkaufte tausende Arbeitslose als Sklaven an die Großgrundbesitzer in Brasilien und Paraguay. Solche und ähnliche Angebote und Vorschläge wurden von der südkoreanischen Konterrevolution ständig verhöhnt und zur Seite geschoben. Aus ihrer Position der relativen Stärke heraus glaubten die Imperialisten und ihre Helfershelfer, auf die vernünftigen Vorschläge der KVDR nicht eingehen zu brauchen.
Genosse Kim Ir Sen und alle anderen koreanischen Revolutionäre haben allerdings auch nie den geringsten Zweifel daran gelassen, daß die friedliche Vereinigung drei Voraussetzungen hat, die unabdingbar sind:

1. Die weitere politische, wirtschaftliche und militärische Festigung der revolutionären Basis durch den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in der nördlichen Hälfte der KVDR.
2. Die Stärkung der revolutionären Kräfte in Südkorea und der feste Zusammenschluß der Volksmassen in Südkorea.
3. Die Festigung der Einheit des koreanischen Volkes mit den internationalen revolutionären Kräften.

"An eine friedliche Vereinigung des Landes ist gar nicht zu denken, wenn die Aggressionstruppen des USA-Imperialismus und die derzeitigen Marionetten wie jetzt in Südkorea bleiben. Um die große Sache der Vereinigung des Vaterlandes zu verwirklichen, ist es notwendig,, die imperialistischen USA-Aggressoren, die das Haupthindernis auf dem Wege zur Vereinigung unseres Vaterlandes sind, aus Südkorea zu vertreiben, ihr Kolonialregime zu liquidieren, die militärfaschistische Diktatur zu stürzen und den Sieg in der Revolution zu erringen. Wenn auf diese Weise in Südkorea eine wahre Volksmacht errichtet sein wird, wird die Vereinigung unseres Vaterlandes durch die gemeinsamen Anstrengungen der sozialistischen Kräfte des nördlichen Teils der Republik und der patriotischen, demokratischen Kräfte Südkoreas ungehindert verwirklicht."
Die Aufnahme diplomatischer Kontakte zwischen Nord- und Südkorea über die Vermittlung der beiden Rotkreuzdelegationen hat also nichts mit einer "plötzlich versöhnlerischen Haltung der Erzkommunisten um Kim Ir Sen" zu tun, wie es uns die bürgerlichen Kommentatoren weiszumachen versuchen. Im Gegenteil, die Verschärfung der Widersprüche zwischen den gesellschaftlichen Klassen und Schichten des Südens, die Steigerung der Arbeitslosigkeit und die Zunahme der Auslandsverschuldung (dzt. 3 Milliarden US-Dollar), der Wille der südkoreanischenBevölkerung zur Wiedervereinigung (bei einer Umfrage im Dezember letzten Jahres hatten 90,6% dafür gestimmt), der erstarkende Einfluß der Revolutionspartei der Vereinigung und viele andere, äußerst ungünstige Entwicklungen für die Reaktionäre auf

nationaler und internationaler Ebene, haben sie selbst "versöhnlerischer" gestimmt. Unter diesen Bedingungen konnte die Regierung der KVDR die südkoreanischen Marionetten zur Unterzeichnung des gemeinsamen Kommuniques zwingen/.

- die Wiedervereinigung soll auf friedlichem Weg und ohne fremde Hilfe und Einmischung erfolgen
- beide Seiten verzichten auf bewaffnete Provokationen
- die Verhandlungen über Familienzusammenführung sollen zu einem schnellen Erfolg geführt werden.

Diese Vereinbarungen liegen im Interesse des ganzen koreanischen Volkes. Sie entsprechen besonders den Wünschen der unterdrückten Massen im Süden und schaffen den patriotischen und demokratischen Kräften eine neue Basis, indem sie das Marionettenregime bilden. Jeder Verstoß, sei es des Marionettenregimes oder der USA-Imperialisten gegen dieses Kommunique wird den volksfeindlichen Charakter ihres Systems noch klarer aufdecken. Jede weitere Einmischung der USA-Imperialisten in die inneren Angelegenheiten des koreanischen Volkes hat nun auch den letzten Anschein von Berechtigung verloren. Das koreanische Volk aber wird diese neuen Bedingungen nutzen und erfolgreich für die Vereinigung des Landes kämpfen.

Nachbemerkung:
Österreich unterhielt enge diplomatische Beziehungen zum südkoreanischen Marionettenregime. Die südkoreanische Botschaft hat erheblichen Einfluß auf die österreichischen Behörden und Institutionen, Wie offen sich dieser Einfluß auf die Politik dieser Stellen auswirkt, hat sich an zwei Vorfällen besonders deutlich gezeigt:
Im Frühjahr 1971 veranstaltete die MLS mit Genehmigung des Rektorats in der Aula der Universität eine Photoausstellung über den Aufbau des Sozialismus in der KVDR.
Wegen der schlechten Organisierung der Bewachung der Ausstellung durch MLS-Genossen gelang es uns unbekannten, aber aller Wahrscheinlichkeit nach von der südkoreanischen Botschaft angeheuerten Provokateuren, einen Teil der ausgestellten Bilder zu zerreißen bzw. zu stehlen.
Auf unsere Anfrage hin erklärte Hofrat Kitzler, der zuständige Beamte des Rektorats, daß auf Ersuchen der südkoreanischen Botschaft und seine Anweisung hin einige Photos entfernt wurden, die sich auf Südkorea bezogen. Abgesehen davon, daß nicht nur diese, sondern auch andere Photos von den Ständern gerissen wurden, die sich explizit auf Nordkorea bezogen (unter ihnen ein Photo mit der Fahne der KVDR), ist das Vorgehen des Rektorats skandalös. Dieses Verhalten der Universitätsbürokraten wurde jedoch von der Vereinspolizei noch überboten:
Genossen von unserer Organisation hatten im Mai 1972 dieser Behörde die Statuten des "Vereins zur Unterstützung der friedlichen und vollständigen Wiedervereinigung Koreas" zur Genehmigung eingereicht. Die Gründung des Vereins wurde nicht gestattet. Die Begründung:
Als Vereinszweck ist unter anderem die Unterstützung des demokratischen und revolutionären Kampfes der südkoreanischen Bevölkerung anzusehen. Dieser Passus widerspreche den Interessen eines mit Österreich befreundeten Staates und sei deshalb nicht zulässig.

MÜNCHEN & FÜRSTENFELDBRUCK EIN VORWAND FÜR DIE MACHENSCHAFTEN DER ZIONISTEN & DER WESTDEUTSCHEN REAKTIONÄRE

Die vom palästinensischen Geheimbund "Schwarzer September" gegen israelische Sportler während der Olympischen Spiele durchgeführte Aktion, die aufgrund der rücksichtslosen berechnenden Vorgangsweise der bundesdeutschen und israelischen Behörden mit dem Tod der Sportler und der Entführer endete, war politisch falsch.
Der westdeutschen Reaktion fiel es leicht, in Fortsetzung ihrer Taktik während und nach der Baader-Meinhof-Kampagne mit Hilfe ihrer Propagandamaschinerie die in der Bevölkerung herrschende Hysterie aufrechtzuerhalten, indem sie behaupteten, daß das Leben und die demokratischen Rechte jedes einzelnen "Bürgers" bedroht seien.
Diese Stimmung soll verhindern, daß die Arbeiterklasse und anderer fortschrittliche Schichten der Bevölkerung das faule Süppchen riechen, das die Reaktion dabei kocht: drastische Einschränkung der demokratischen Grundrechte durch diverse gesetzliche und administrative Maßnahmen, Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates.
Nicht nur in der BRD, auch in Österreich nützt die Reaktion die Situation zu einer bisher hauptsächlich propagandistisch geführten Offensive gegen alle demokratischen und kommunistischen Bestrebungen.
Der latente Fremdenhaß, der allgemein in der heutigen westdeutschen und österreichischen Gesellschaft herrscht (gegen Gastarbeiter, afrikanische und asiatische Studenten) gewinnt die zusätzliche spezifische Dimension des Antiarabismus. Der Antiarabismus nämlich, der in der israelishhen Gesellschaft herrscht und von den Zionisten vermittels ihres besonderen Bündnisverhältnisses zur westdeutschen und österreichischen Bourgeoisie im beiden Ländern besonders leicht zu schüren ist.
Den Zionisten bietet sich wieder die günstige Gelegenheit, von ihren Verbrechen gegen das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker abzulenken. Die antiarabische Hetzkampagne der bürgerlichen Massenmedien soll ihnen hierzulande von den Massen einen Blankoscheck für "Strafexpeditionen" oder gar für einen neuen Präventiv- bzw. Expansionskrieg liefern..

DIE FRAGE DER GEWALT IST EINE KLASSENFRAGE!

Die Bourgeoisie nützt die durch den individuellen Terror kleinbürgerlicher Gruppen entstandene Situation - verständnislose und feindlich Stimmung in breiten Teilen der Bevölkerung, auch der Arbeiterschaft, den Terroristen und oft ganz allgemein den "Linksradikalen" gegenüber - unter anderem zu einer wilden Hetzkampagne gegen alle demokratischen und kommunistischen Bewegungen und Organisationen.
Jeder, der die Kämpfe der Arbeiterklasse, die demokratischen Aktionen gegen die Unterdrükkungsmaßnahmen des bürgerlichen Staates, den antiimperialistischen Kampf der unterdrückten Völker unterstützt, wird als "terroristisch" und "kriminell" verteufelt und am liebsten gleich

eingesperrt. Jeder Widerstand gegen die kapitalistische und imperialistische Unterdrückung wird diffamiert und bestenfalls als "unmoralisch" hingestellt. "Gewalt", so predigen die Imperialisten-Philantropen, und so fallen die Revisionisten in ihren Chor ein, "darf nie Mittel der Politik sein". - In ihrer zügellosen Hetze gegen den "Linksradikalismus" (siehe z.B. die ORF-Diskussion über München nach dem Anschlag) erhoben die Sprachrohre der Kapitalistenklasse die Forderung nach "Überprüfung" linker Buchhandlungen, nach dem Verbot aller Literatur, die zum Widerstand gegen die Unterdrückung aufruft und die Anwendung auch von Gewalt dabei als unvermeidlich und notwendig erkennt. Angesichts der Belebung der Klassenkämpfe auf nationaler und internationaler Ebene muß die Bourgeoisie versuchen, der Verbreitung marxistischer Theorie und kommunistischer Propaganda Hindernisse in den Weg zu legen und sie notfalls überhaupt zu verbieten.
Der Standpunkt der Arbeiterklasse kennt keine Verurteilung der Gewalt schlechthin. Warum wohl? Weil wir genau wissen, daß sich das gesamte kapitalistische und imperialistische Ausbeutungssystem nur mit Hilfe von Gewalt aufrechterhalten läßt. Weil die Kapitalistenklasse die Gewalt seit jeher z zur Unterdrückung und Aggression nach innen und außen angewandt hat! Ist es nicht entlarvend für die kapitalistischen Prediger der Gewaltlosigkeit, wenn auch Nixon, Häuptling des US-Imperialismus, auf dessen Konto unzählige Gewaltverbrechen gegen die Völker in aller Welt, allen voran das vietnamesische Volk, gehen, die Ereignisse von München "im Namen des Friedens" verurteilen will! -
Die Macht kommt aus den Gewehrläufen des Volkes! Die unterdrückten Völker bedürfen dieser Macht, um sich gegen die Verbrechen des Imperialismus zu wehren und ihm einen Schlag nach dem anderen versetzen zu können.
Gegen die imperialistische Expansionspolitik des zionistischen Staates Israel, der nie vor den unmenschlichsten Anschlägen gegen das palästinensische Volk zurückschreckte, nützen keine friedfertigen Worte und Taten. Zu spüren bekamen dies, um nur ein einziges, einfaches Beispiel zu nennen, die ehemaligen Bewohner der beiden Dörfer Birit und Ikrit, als sie vor einiger Zeit versuchten, aus ihren Reservaten um Nazareth in die Ruinen ihrer Heimatdörfer (im nunmehr erweiterten und nicht mehr "unmittelbar bedrohten" Israel!) zurückzukehren. Aus ihrer friedlichen Heimkehr wurde schließlich die blutige Vertreibung durch die israelische Polizei und Armee.
Die Arbeiterklasse kann sich von der kapitalistischen Unterdrückung nur befreien, wenn sie den Staatsapparat der Kapitalisten zerstört, ihnen ihre Fabriken, Banken etc. wegnimmt, ihnen jede Machtbasis entzieht und durch die eigene Diktatur verhindert, daß ein Haufen von Ausbeutern je wieder die Möglichkeit erhält, den Massen Gewalt anzutun.
Der gewaltsame Widerstand gegen die und der Sturz der Kapitalistenklasse wird in der Regel e eine vom Proletariat unbedingt zu erfüllende Aufgabe sein.
Wie kann sich die Arbeiterklasse im Vorhinein zur Gewaltlosigkeit bekennen, während der bürgerliche Unterdrückungsapparat z.B. in der BRD ständig ausgebaut wird?
Somit ist die Frage der Gewalt eine Klassenfrage und muß so gestellt werden: Dient die Gewalt den Unterdrückern oder den Unterdrückten?
Sie ist keine Frage der Moral, sondern stellt sich dem Proletariat in jeder konkreten Situation des Klassenkampfes als Frage der Zweckmäßigkeit. Den individuellen Terror einzelner kleinbürgerlicher Organisationen kritisieren und verurteilen wir

gerade als unzweckmäßige und deshalb schädliche Kampfform.

INDIVIDUELLER TERROR UND KAMPF DER VOLKSMASSEN

Schon oft in der Geschichte des Klassenkampfes hat sich in der Form des individuellen Terrors die Ungeduld kleinbürgerlicher Revolutionäre, ihre Unfähigkeit, in langwieriger Arbeit unter den Massen die Voraussetzungen für den siegreichen Ausgang der Revolution zu schaffen und dabei auch Rückschläge zu überwinden, ihr fehlendes Vertrauen, ja ihre Verachtung gegenüber den Massen ausgedrückt.

Das Wesen des individuellen Terrors macht seine Isoliertheitvon den Massen aus. Aber n nicht wildgewordene Einzelgänger können den Unterdrükkungsapparat beseitigen, dies kann nur durch den bewußten und organisierten Kampf der Massen erfolgen.

Deshalb ist es die erste Aufgabe von proletarischen Revolutionären, die Arbeiterklasse im Hinblick auf dieses Ziel zu einigen. In den täglichen ökonomischen und politischen Kämpfen um die Verbesserung ihres Lebensniveaus, um demokratische Rechte, in den Kämpfen gegen die Angriffe der Bourgeoisie auf bisher errungene Positionen müssen die Arbeitermassen zusammengeschlossen und von der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution überzeugt werden.

Durch eine Vielzahl von Kämpfen, durch unzählige Erfahrungen, die sie dabei sammeln, werden die Massen nicht nur von der Notwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Ausbeuterordnung überzeugt, sie lernen auch den richtigen Weg zu ihrer Überwindung einschlagen.

Für die Massen ist es überhaupt unmöglich, die Kampfformen des individuellen Terrors anzunehmen und nachzuvollziehen; die "Terroristen" selbst handeln isoliert und können ihnen keine Anleitungen erteilen; die Massen können von dieser Kampfform überhaupt nichts lernen.

An erster Stelle muß stets die Entwicklung und Führung der Massenkämpfe stehen. Kleinkriegs- und Terroraktionen sind nicht grundsätzlich abzulehnen, sie müssen aber integraler Bestandteil der Massenkämpfe sein, müssen ihre Kämpfe unterstützen und die Massen mobilisieren können. Trifft dies zu, kann man nicht mehr von "individuellem Terror" sprechen (z.B.: Vietcong Kleinkrigsaktionen gegen amerikanische Offizierskasinos u.ä.)

Jedem Stadium des Klassenkampfes entsprechen bestimmte Kampfformen, die nicht ohne Schaden austauschbar sind. Solange die Klassenkämpfe wenig entwickelt sind, solange sich noch keine scharfenKlassenfronten herausgebildet haben, fällt es der Bourgeoisie leicht, selbst breite Teile der Arbeiterklasse gegen die "anarchistischen" Einzelgänger und generell gegen die "Linksradikalen" aufzuhetzen und hinter dem Rauchschleier der Jagd gegen die "kriminellen" Bombenleger ihren Klassen kampf gegen die Arbeiterklasse selbst zu führen (durch Abbau demokratischer Rechte, Ausbau des Unterdrückungsapparates).

Die Unerkennbarkeit der politischen Zielrichtung, die dem individuellen Terror oft anhaftet (v.a. wenn Unschuldige, zu Schaden kommen, wie beim Baader-Meinhof-Anschlag auf das Springer-Verlagshaus oder wie in Lod) steigert diese Gefahr und hat zur Folge, daß die Bourgeoisie durch ihre Agenten selbst Terroranschläge durchführen läßt, um so die Zustimmung der Massen oder zumindest ihr passives Verhalten gegenüber ihren eigenen konterrevolutionären Maßnahmen und Verfolgungen zu erlangen. (z.B. Anschlag auf Mailänder Bank in Italien, der den "Linksradikalen" in die Schuhe geschoben wurde!)

Es hilft nichts, wenn man beteuert, daß es ja Ziel der diversen Aktionen wäre, die Massen

zu mobilisieren. Die Klassenfronten können nicht durch Bomben zusammengesprengt werden, ihre Entwicklung erfordert langwierige revolutionäre Arbeit und unzählige kleinere und größere Kämpfe. Der Klassenkampf wird nicht durch die Gewalt der Revolutionäre erzeugt, letztere ist lediglich Ausdruck des Klassenkampfes auf der höchsten Stufe seiner Entwicklung.

INDIVIDUELLER TERROR UND PALÄSTINENSISCHE REVOLUTION

Der Schwarze September ist ein Geheimbund und unterscheidet sich von den Palästinensischen Widerstandsorganisationen v.a. dadurch, daß er keine dezidierte politische Linie vertritt und in den Flüchtlingslagern eher als Legende, denn als politische Organisation lebendig ist. Seine Mitglieder rekrutieren sich vermutlich aus Angehörigen verschiedener politischer Gruppierungen des Widerstands, denen wahrscheinlich nur der Haß gegen Zionismus und Imperialismus, die Verzweiflung über die Stärke des Feindes und die Unfähigkeit zu einer richtigen Einschätzung des widersprüchlichen Verlaufs der palästinensischen Revolution gemeinsam ist.
Der Name verweist auf das Wesen dieses Geheimbundes: die schwere Niederlage der palästinensischen Revolution während des jordanischen Bürgerkrieges im September 1970 hatte die schon relativ gefestigten Positionen der Palästinenser paralysiert. Ein geordneter Rückzug der Revolution, der unter der Führung durch eine marxistisch-leninistische Vorhut der Volksmassen möglich gewesen wäre, fand aufgrund der Dominanz kleinbürgerlicher und bürgerlicher Kräfte im Widerstand nicht statt. Unfähig, die nationalen und Klassenwidersprüche richtig einzuschätzen, in der kleinbürgerlichen Ideologie des palästinensischen Separatismus verfangen, der sich in der Politik äußerte, unter keinen Umständen in "innerarabische Angelegenheiten" zu intervenieren, lockerte sich zunehmend die Verankerung der kleinbürgerlich-nationalistischen Organisationen unter den Flüchtlingsmassen in den Lagern.
Die bürgerliche und kleinbürgerliche Führung der Widerstandsbewegung, die ohnehin nie in der Lage war, die sozialen Interessen richtig mit den nationalen Zielen der Palästinenser zu verbinden, schwenkte wieder einmal auf die Linie des Paktierens mit den nationalistischen Regimes (z.B. Ägypten) ein. Die Konferenz von Djidda, bei der ein Teil der El-Fateh-Führung offen mit den haschemitischen Mördern unter Bedingungen verhandelte, die die Liquidierung des Widerstandes bedeutet hätten, ließ den Gegensatz zwischen den Interessen des Volkes und dieser Führer aufbrechen. Aber nur die FDPLP, die einzige marxistisch-leninistische Organisation des Widerstandes, war - ausgehend von einer richtigen Analyse der Widerspruchsentwicklung im Nahen Osten - in der Lage, den Kampfeswillen der Palästinenser und ihren Zorn über den Verrat durch die Opportunisten im Widerstand in revolutionäre Bahnen zu lenken und den Massen die politische und militärische Perspektive des revolutionären Volkskrieges aufzuzeigen.
Auf der anderen Seite hatte die Niederlage im September, die opportunistische Haltung eines Teils des Widerstandes und die offene Sabotage der palästinensischen Revolutionäre durch die nationalistischen Regimes den "Linken" Flügel des Kleinbürgertums noch mehr radikalisiert. Unfähig, die Perspektiven des langandauernden revolutionären Volkskrieges zu begreifen und voll kleinbürgerlicher Selbstüberschätzung und Ungeduld, suchten sie ihre Zuflucht im Abenteurertum. "Stell-

vertretend für die Massen", anderen Kampfkraft sie zweifeln, stürzten sie sich in terroristischen Aktivismus, der zwar den lauten Beifall der Palästinenser in den Lagern fand, der aber gerade deshalb verheerende Folgen für den Fortgang der Revolution haben kann: Solche Aktionen finden von seiten der Flüchtlinge deshalb Zustimmung, weil sie sich mit jedem Schlag gegen den Zionismus und Imperialismus identifizieren können. Sie sind schädlich, weil die Flüchtlinge die Terroristen zwar als Helden ihres Volkes beklatschen, die Kampfformen dieser Helden aber von den Massen nie angewendet werden können. Objektiv spalten sie also die Palästinenser in Handelnde und Publikum, sie verurteilen die Volksmassen zur Passivität, während es gerade die Aufgabe von Revolutionären wäre, den Massen durch die richtige Anleitung ihrer Kämpfe Selbstvertrauen zu geben. Sie sind ein Hindernis für die Entfaltung des Volkskrieges und des Sieges der proletarischen Revolution.

Den Zionisten kommen gerade die spektakulären Aktionen des "Schwarzen September" und der Habasch-Gruppe nicht ungelegen. V.a. die Tatsache, daß dabei oft "Unschuldige" (sogar Nicht-Israelis wie in Lod) zu Schaden kommen, erlaubt es ihnen im Bündnis mit den Bourgeoisien in den anderen imperialistischen Ländern eine wilde Hetz- und Diffamierungskampagne gegen die Palästinenser und "die Araber" überhaupt zu führen und zu verhindern, daß sich breite Teile des Volkes in diesen Ländern mit dem antiimperialistischen Kampf der Palästinenser solidarisieren bzw. die Expansionspolitik des Zionisten-Staates erkennen und verurteilen. Im so geschaffenen Klima führen die Zionisten ihre rücksichtslosen Angriffe ("Strafexpeditionen") gegen die palästinensischen Flüchtlingsmassen mit dem Ziel durch, den palästinensischen Widerstand überhaupt zu liquidieren.

München hat dies klar gezeigt. Der Tod der Sportler diente den Zionisten als Vorwand für ihre Aggression gegen den Südlibanon, bei dem 250 Flüchtlinge ums Leben kamen. Deshalb und weil sie jede Stärkung des Widerstandes (Freilassung von 200 Kämpfern) vermeiden müssen, provozierten sie in Absprache mit den deutschen Behörden das Massaker von Fürstenfeldbruck. Obwohl die Geißeln z.B. für den Münchner Polizeichef Schreiber von vornherein "so gut wie tot" (Spiegel Nr. 39,1972) waren, begann die Polizei trotzdem zu schießen. Lächerlich und im Nachhinein widerlegt ist die vorgebrachte "Rechtfertigung", in der es hieß, daß die Israelis bei einem eventuellen Abflug nach einem arabischen Land ihr Leben sowieso verwirkt hätten.

Wichtig ist, daß die Vorfälle in München höchstens den Vorwand für weitere israelische Aggressionshandlungen bilden, nicht aber die Ursache; es hat sich in der Vergangenheit oft genug gezeigt, daß die Zionisten gar keinen Vorwand brauchen, um ihre brutale Expansionspolitik gegen das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker durchzuführen.

Für das Bündnis von Arbeiterklasse und studentischer Jugend

Die Bewegung unter der österreichischen Studentenschaft hat nie solchen Massencharakter gehabt wie etwa die Studentenbewegung in der BRD. Obwohl der Inhalt ihrer Politik nicht über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie hinausgegangen ist, sind im Verlauf der Bewegung "Theorien" entwickelt worden, die der Studentenbewegung eine "selbständige revolutionäre Perspektive" bzw. eine "Initiierungsrolle durch exemplarische Aktionen" zuschrieben. Alle diese "Theorien" mussten natürlich mit entsprechenden "Theorien" über die Arbeiterklasse abgestützt werden, die alle darauf hinausliefen zu erklären, dass diese endgültig integriert und daher nicht mehr revolutionär sei. Die Unentwickeltheit des Klassenkampfes hat es begünstigt, dass diese Thorien einigen Einfluss bekommen konnten.
Zu einer wirklichen Bewegung, die relevante Teile der Studenten erfasst hat, ist die Studentenbewegung nur in jenen Aktionen (vor allem Demonstrationen) geworden, die sich gegen die aggressive Politik des Imperialismus in Indochina und gegen den Militarismus (Bundesheer, Lützendorf) gerichtet haben. Es ist bezeichnend, daß die Frage nach dem Pl Platz der antiimperialistischen Bewegung bei uns (die hauptsächlich von der Studentenschaft getragen wurden) in der weltweiten Kampffront gegen den Imperialismus, deren Hauptkräfte die revolutionären Völker und das internationale Proletariat sind, erst relativ spät, mit der Hinbewegung eines Teils der Studentenbewegung zum Kommunismus gestellt wurde. Die Frage des Wehrdienstes wurde überhaupt nie als Klassenfrage angegangen, sondern von einem "Jugend" oder "Friedensstandpunkt" aus. Über der richtigen Tatsache, daß der Antimilitarismus schon immer in der Jugendbewegung eine wichtige Rolle gespielt hat, wurde vergessen, daß auch der antimilitaristische Kampf nur erfolgreich geführt werden kann, wenn er zu einem Kampfabschnitt der die ganze Gesellschaft durchziehenden Auseinandersetzung zwischen der Kapitalistenklasse auf der einen Seite (von der auch die Militarisierungsbestrebungen ausgehen) und der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk auf der anderen Seite. Wenn wir sagen, daß Antiimperialismus und Antimilitarismus die hauptsächlichen Inhalte der Politik der Studentenbewegung ausmachten, heißt das keineswegs, daß es an den Hochschulen keine Konflikte gegeben hat und gibt, die an Fragen aufbrechen, die die Studenten insofern betreffen, als sie mit der bürgerlichen Wirtschaft konfrontiert und dem kapitalistischen Ausbildungssystem unterworden sind. Solche Konflikte sind bekanntlich auch der letzte Zufluchsort jener Ideologen der Studentenbewegung, die den Studenten noch immer einreden wollen, daß sie ohnehin Arbeiter sind oder zumindest werden und sie sich daher um die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes nicht zu scheren brauchten.
Heißt das, daß solche Konflikte für die kommunistischen und die fortgeschrittensten demokratischen Studenten uninteressant sind? Ganz im Gegenteil: Nur der Kampf um die Studien- und Lebensbedindungen kann die Grundlage sein, auf der breitere Teile der Studenten von der Bewegung an der Hochschule erfaßt werden. Erst dieser Kampf bringt die Studenten unmittelbar in Gegensatz zu den Instanzen des

kapitalistischen Staates.
Einerseits Kampf gegen die Auswirkungen der Herrschaft der Kapitalistenklasse an der Universität, andererseits Kampf gegen die Auswirkungen dieser Diktatur der Bourgeoisie in der ganzen Gesellschaft-und im internationalen Rahmen.- das waren und sind der Inhalt des Kampfes für alle jene Studenten, deren Interessen nicht vor dem Eingangstor der Universität zu Ende sind. Für alle diese Studenten stellt sich die Frage der Verbindung des Kampfs an der Hochschule mit dem Kampf der Arbeiter, Werktätigen und Völker. Die Bestimmung des richtigen Verhältnisses von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung ist die Grundfrage der politischen Linie an der Hochschule. Daß der Kampf an der Hochschule geführt werden muß, ist klar. Wie er geführt werden muß, woran er sich auszurichten hat: das muß in den Diskussionen mit den fortschrittlichen Studenten die Hauptfrage sein.
Der Kampf der Arbeiterklasse hat den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zum Ziel. Es ist die historische Aufgabe das Proletariat, die ganze Menschheit vom Joch der Klassengesellschaft, von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien. Der erste Schritt dazu ist, daß es sich selbst zur herrschenden Klasse erhebt, um die alten Ausbeuterklassen bzw. ihre Überreste nieder zuhalten. Sowohl für die Errichtung ihrer Macht wie für ihre Ausübung ist es für das Proletariat notwendig, die Unterstützung durch breite Teile anderer werktätiger Klassen und Schichten zu gewinnen. Die Gewinnung anderer Klassen und Schichten für ein Bündnis ist möglich, weil die Arbeiterklasse keine Sonderinteressen durchsetzen will, sondern in ihren Kampf gegen die Kapitalherrschaft auch die Ursachen der Ausplünderung und Unterdrückung des ganzen Volks beseitigt. Insofern die Maßnahmen des zur Herrschaft gelangten Proletariats den Druck der Bourgeoisie und ihres Staates auf die Lebensbedingungen aller Werktätigen beseitigen und erst die Demokratie für das arbeitende Volk herstellen, liegt die Errichtung der Diktatur des Proletariats auch im Interesse des ganzen Volkes. Aber für die Arbeiterklasse ist der Sturz der Bourgeoisie Klasseninteresse, sie steht im unversöhnlichen Gegensatz zur Bourgeoisie, alle ihre Interessen können nur auf Kosten des Profitinteresses und durch die Schwächung der politischen Macht der Kapitalistenklasse befriedigt werden. Deshalb richtet sich der Klassenkampf der Bourgeoisie, der Klassenkampf von oben, mit aller Schärfe und in letzter Konsequenz immer gegen die Arbeiterklasse. Dem gegenüber orientieren sich Teile des Volkes, vor allem die gehobenen Schichten, besonders in Zeiten da die Unfähigkeit der Bourgeoisherrschaft die Lebensinteressen des Volkes zu garantieren nicht so offensichtlich ist wie in Krisenzeiten, auf die Durchsetzung von Sonderinteressen durch Aussöhnung mit der Bourgeoisie.
Genauso sind beim Aufbau des Sozialismus gewisse Schichten, v.a. auch der Intelligenz, oft nicht bereit, ihre derzeitige Privilegierung und ihre Sonderstellung aufzugeben und dem Volk beim Aufbau des Sozialismus zu dienen.
In den Etappen des Klassenkampfes, in denen nicht unmittelbar der Kampf um die Macht auf der Tagesordnung steht, müssen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen ihre politischen Rechte und ihre Lebensbedingungen gegen die Angriffe der Bourgeoisie und des kapitalistischen Staates verteidigen. In diesem Kampf kann ein viel breiteres Bündnis hergestellt werden, weil es eine breite Interessenübereinstimmung gibt. Genausowenig kann man aber auch bei diesem Abwehrkampf behaupten, daß keine Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und anderen Schichten existieren. Diese Widersprüche sind Folge der Anfälligkeit

von Teilen des Volkes für die Durchsetzung von Sonderinteressen, für die Illusionen des bürgerlichen Demokratismus.
Es muß sich gar nicht um offen verschiedene Ziele und Forderungen handeln oder um solche, die direkt den Interessen der Arbeiterklasse widersprechen. Wesentlich ist, daß die Arbeiterklasse aufgrund ihrer objektiven Lage in antagonistischem Widerspruch zur Bourgoisherrschaft steht, der Kampf um ihre nächsten Interessen bereits die Keimform des politischen Kampfs gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat ist. Bei jenen ist das keinenwegs der Fall, sie stehen nicht in diesem polaren Gegensatz zum Kapital, sondern nehmen eine Mittelklassenlage ein.
Die entscheidenden Auseinandersetzungen in der kapitalistischen Gesellschaft finden zwischen den Hauptklassen, Proletariat und Bourgeoisie, statt. Keine andere Schichte kann eine eigenständige Perspektive entwickeln. Für sie steht nur die Frage: Anhängsel der Bourgeoisie oder Bündnis mit dem Proletariat!
Damit sind auch schon die Aufgaben der proletarischen Bündnispolitik angegeben: die nichtproletarischen Klassen von ihrer naturwüchsigen Bindung an die Bourgeoisie und an die bürgerliche Demokratie zu lösen und für das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Was heißt das konkret in der jetzigen Situation?
Ein Bündnis ist immer ein Kampfbündnis zwischen Klassen. Konkret Gestalt annehmen kann dieses Bündnis nur durch die kommunistische Partei, die organisierte Avantgarde der Arbeiterklasse, die durch ihre Kader in den Massenorganisationen die verbündeten Klassen anleitet.
Weder ist heute der Kampf der österr-eichischen Arbeiter so weit entwickelt (es gibt im wesentlichen nur spontane Aktionen und Streiks in einzelnen Betrieben,)noch hat die österreichische Arbeiterklasse bereits ihre kommunistische Partei, daß von der unmittelbaren Herstellung des Bündnisses die Rede sein könnte. Das bedeutet auch, daß sich heute keineswegs in den Kämpfen der Arbeiterklasse jene Forderungen und jene Linie entwickelt haben, die durch das Program der kommunistischen Partei den fortschrittlichen Studenten im Kampf gegen das kapitalistische Ausbildungssystem zur Richtschnur dienen könnten.
In der heutigen Situation sind unsere Möglichkeiten wie unsere Aufgaben beschränkt: Wir können und müssen in die Bewegungen an der Hochschule die Perspektive des Bündnisses mit der Arbeiterklasse hineintragen.
1. Die Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen, die bürgerliche Wissenschaft und ihre Funktion im Dienst der herrschenden Klasse zur Verschärfung von Ausbeutung und Unterdrückung, das Bewußtsein der Studenten über ihre Funktion in ihrem späteren Beruf: das sind jene hauptsächlichen Konfliktpunkte, an denen der Widerspruch zwischen dem Studentenschaft und der Politik des monopolkapitalistischen Staates zuerst aufbricht. Diesen Widersprüche vom Standpunkt des Proletariats aufzuklären, die Konflikte politisch zu verschärfen und unter der Parole KAMPF DER AUSBILDUNG IM DIENSTE DES KAPITALS anzuleiten, ist die Aufgabe der kommunistischen Studenten.
Der Kampf der Studenten um ihre materiellem Interessen (Studien- und Lebensbedingungen) wird dann zur bloßen "gewerkschaftlichen" Privilegienverteidigung, wenn er nicht dem Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werkstätigen gegen die Angriffe des Kapitals untergeordnet wird, sondern so geführt wird, daß er die Studenten immer mehr vom Kampf des Volkes um die Erhaltung seiner Lebensinteressen isoliert. Das Ziel unserer Aufklärungsarbeit muß es sein, alle Konflikte im Bereich der Ausbildungsbedingungen so aufzuklären und anzuleiten, daß

sich die Bewegung nicht gegen einzelne "Mißstände", sondern gegen das ganze kapitalistische Ausbildungssystem richtet. Die Losung FÜR EINE AUSBILDUNG IM DIENSTE DES VOLKES gibt der Bewegung eine positive Richtung: Sie hat nichts mit jenen Illusionen zu tun, daß ein demokratische-s Ausbildungssystem im Kapitalismus durchgesetzt werden könnte oder daß Intellektuelle mit ihrer Berufsqualifikation im Kapitalismus dem Volke dienen könnten. Sie soll vielmehr darauf hinweisen, daß eine Ausbildung im Dienste des Volkes erst nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten institutionalisiert werden kann. Aso erst dann, wenn die Herrschaft jener Klasse beseitigt ist, die durch ihre Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel alle Errungenschaften menschlichen Geistes und menschlicher Arbeit in ihre Macht bringt, und gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes einsetzt (z.B. auch die Qualifikation des Lehrers). Weil diese Parole das klarstellt, kann sie auch angeben, worin die einzige Perspektive aller fortschrittlichen Studenten besteht, aller jener, die den Kampf gegen das Ausbildungssystem unter der Diktatur der Bourgeoisie und ihres Staates aufzunehmen bereit sind: in der UNTERSTÜTZUNG DES KAMPFES DER ARBEITERKLASSE UM DIE MACHT, UM DIE ERRICHTUNG DER DIKTATUR DES PROLETARIATS, die allein eine Ausbildung im Dienste des Volkes gewährleisten kann.

2. Es ist die Illusion der eingefleischten "Studentenpolitiker", daß das politische Bewußtsein der Studenten bloß von den Widersprüchen an der Universität geprägt sei. Ganz im Gegenteil: große Teile der Jugend, v.a. auch der studierenden Jugend, sind durch die verbrecherische Politik des Imperialismus und die Einschränkung der politischen Rechte durch den kaptialistischen Staat im Gegensatz zum herrschenden System geraten. Der Inhalt der Parole "FÜR DAS BÜNDNIS VON ARBEITERKLASSE UND STUDIERENDER JUGEND" umfaßt nicht nur das Kampfziel der Ausbildung im Dienste des Volkes, sondern drückt vielmehr aus, daß auch die antiimperialistische und demokratische Bewegung unter der Studentenschaft sich nur unter Führung der Arbeiterklasse in die Front gegen den Imperialismus einreihen kann. Gerade die antiimperialistische Bewegung eröffnet in der heutigen Situation die Pespektive, die Bewegung unter der Studentenschaft real mit den Kämpfen der revolutionären Völker und den Werktätigen im internationalen und nationalen Rahmen zu verbinden.

Die Bündnisperspektive unter der Studentenschaft propagieren und das Bündnis partiell herstellen, kann nur heißen, den Kampf an der Hochschule gegen die bürgerliche Wissenschaft und das kapitalistische Ausbildungssystem in der Pespekti-ve des Bündnisses anführen und verbinden mit dem Kampf gegen den Imperialismus und gegen die Einschränkung demokratischer Rechte.